

# Nein zum Sparpaket

## Für eine bundesweite Großdemonstration



BDI-Chef Henkel sieht einen Kehrtwende in der Politik der rotgrünen Regierung und fordert seine Unternehmer-Kollegen zur Unterstützung auf. Eine Wende ist es zwar nicht, aber richtig ist, daß diese Regierung noch unverblümter pro-kapitalistische Politik betreibt. Gewählt von der Masse der Arbeitnehmer und Arbeitslosen in der Hoffnung, daß es nach 16 Jahren Kohl wohl kaum schlimmer kommen könne, werden sie jetzt eines Schlechteren belehrt.

### Angela Bankert

Haben sich viele Anhänger wenigstens etwas Erleichterung von rotgrün versprochen, so müssen sie jetzt zur Kenntnis nehmen, daß sich diese Regierung vor allem darüber den Kopf zerbricht, wie man den Reichen und Unternehmern weitere Erleichterung verschaffen kann. Ein Plan zur Senkung der Steuern für Spitzenverdiener jagt den nächsten. Dabei haben viele dieser Herrschaften sich ohnehin schon so arm gerechnet, daß sie kaum noch was zahlen.

Tatsächlich häufen sie immer mehr Reichtum an. Nach der Vermögenssteuerstatistik von 1993 besaßen die reichsten 5 Prozent der Bevölkerung knapp 30 Prozent des gesamten Geldvermögens. Umgerechnet auf 1998 bedeutet das, daß sie auf einem Berg von 1700 Milliarden DM sitzen. Geld ist genug da, nur in den falschen Händen.

Doch zur Kasse gebeten wird nur die Masse der Bevölkerung. Selbst der zaghafte Vorschlag, eventuell und möglicherweise und natürlich nur modifiziert die Vermögenssteuer wieder einzuführen - übrigens ein Wahlversprechen der SPD - stößt auf Ablehnung. Geld ist genug da, nur in den falschen Händen.

### Umverteilungspaket

Statt bei den Millionären und Milliardären anzusetzen, legt die Bundesregierung das massiv-

ste Sparpaket der Nachkriegszeit vor- oder richtiger: Umverteilungspaket, denn gespart wird jedenfalls nicht bei den Reichen. 12,5 Milliarden werden allein im Sozialetat gespart. Viele Maßnahmen werden wir erst im nächsten Jahr spüren. Zum Beispiel die Milliardenbeträge, die Ländern und Kommunen zusätzlich aufgebürdet werden. Die Landesregierungen, Städte und Gemeinden werden sie ohne mit der Wimper zu zucken an uns weitergeben, in Form von Gebührenerhöhungen, sozialen Kürzungen, Schließung von Einrichtungen, Personalabbau im öffentlichen Dienst. Das Herunterfahren des sozialen Wohnungsbaus von 1,2 Milliarden auf 600 Millionen DM wird die Mietpreise in die Höhe treiben.

### Druck machen

Gegen das große Sparpaket der Kohlregierung 1996 haben die Gewerkschaften noch 350.000 nach Bonn mobilisiert, allerdings vor weitergehenden Maßnahmen wie Streiks zurückgeschreckt. Jetzt kommt es noch schlimmer, und die Gewerkschaftsführer lassen sich weiter in die Regierungspolitik einbinden, zum Beispiel im sogenannten „Bündnis für Arbeit“. Wann, wenn nicht jetzt ist die Zusammenfassung aller Kräfte und energische Kampfmaßnahmen angesagt? Wieso drohen die Gewerkschaftsführer nur mit Protesten? (Wenn sie überhaupt drohen). Das Sparpaket ist schließlich keine bloße Drohung, sondern wird verabschiedet werden, wenn es keinen massiven Widerstand dagegen gibt. Wieso wird kein Termin für eine bundesweite Großdemonstration gesetzt? Noch im Herbst, vor Verabschiedung des Sparpaketes und als Vorbereitung für, wenn nötig, weitergehende Aktionen bis hin zu Streiks. In den Gewerkschaften muß auf allen Ebenen Druck für die Mobilisierung zur einer bundesweiten Großdemonstration gegen das Sparpaket gemacht werden.

## Geld ist genug da...

- ◆ Das private Geldvermögen stieg von 1991 bis 98 um 2200 Milliarden DM auf 5700 Milliarden DM.

(Quelle: Handelsblatt 29. 7. 99)

- ◆ Die reichsten 5 % der Bevölkerung besitzen rund 1,7 Billionen (1700 Milliarden oder 1.700.000.000.000,- DM) allein an Geldvermögen

(Quelle: Handelsblatt 29. 7. 99)

- ◆ Die Vermögenssteuer brachte 1996, dem letzten Jahr ihrer Erhebung, knapp neun Milliarden DM

(Quelle: Kölner Stadtanzeiger, 27. 7. 99)

... nur in den falschen Händen!

# Ladenschluß: Arbeiten rund um die Uhr?

Mit fadenscheinigen Argumenten soll der Ladenschluß abgeschafft werden:

"In vielen anderen Ländern gibt es kaum Einschränkungen beim Ladenschluß."

Die Deregulierer picken sich immer das heraus was gerade in ihre Propaganda paßt. Keiner von ihnen hat aber zum Beispiel jemals gefordert, daß das Angebot an Kinderkrippen, Ganztags-Kindergärten oder Ganztags-Schulen in Deutschland deutlich vermehrt wird, obwohl es in vielen anderen europäischen Ländern besser als in Deutschland ist.

"20 Prozent der Beschäftigten arbeiten ohnehin bereits Sonntags". Mit derselben Argumentation könnte man auch die Nachtarbeit ausweiten oder fordern, daß man bestehende Lärmschutzwände an den Autobahnen wieder abreißen soll, weil schließlich ein hoher Prozentsatz Menschen in der Nähe von Autobahnen ohne Lärmschutz wohnt.

"Der Ladenschluß ist nicht mehr zeitgemäß und unmodern".

## Modern?

Die Sonntagsarbeit wurde 1891 für gewerbliche Arbeiter nach langem Kampf ausdrücklich per Gesetz verboten. Der Versuch, den freien Sonntag abzuschaffen, heißt die Uhr um über 100 Jahre zurückzudrehen. Das ist das Gegenteil von modern, wie überhaupt die ganze Flexibilisierung und Deregulierung rückwärtsgerichtet und reaktionär sind.

"Längere Ladenöffnungszeiten schaffen Arbeitsplätze"

Gegen dieses sogenannte Ar-

gument spricht sowohl die elementare Logik als auch die Erfahrung mit den bereits verlängerten Öffnungszeiten. Zum Einkaufen braucht man neben Zeit insbesondere auch Geld. Kein einziger Unternehmerverband hat bis dato angekündigt, bei einer Verlängerung der Ladenöffnungszeiten auch die Löhne zu erhöhen. Vor der Liberalisierung 1996 versprachen die Wirtschaftsverbände 50.000 neue Arbeitsplätze, tatsächlich wurden seit 1996 100.000 Arbeitsplätze abgebaut. Die ganzen sogenannten Argumente zur Abschaffung des Ladenschlusses sind sowieso nur vorgeschoben. Es geht darum, für möglichst alle Beschäftigten Arbeit zu jeder Tages- und Nachtzeit und an jedem beliebigen Wochentag zur Normalität werden zu lassen. Der Vorteil für die Unternehmer: Höhere Profite durch längere Maschinenlaufzeiten und durch Einsparung von Zuschlägen für Samstags-, Sonntags-, und Nachtarbeit. Die großen Warenhauskonzerne versprechen sich Umsatzsteigerungen auf Kosten kleiner Läden.

## Arbeitszeitverkürzung Trauerspiel

Das Verhalten der HBV (Handel, Banken und Versicherungen) und der anderen DGB-Gewerkschaften ist derzeit ein Trauerspiel. Bei der ersten und zweiten Stufe der Liberalisierung hat die HBV zwar auf einen flächendeckenden Streik verzichtet aber zumindest noch Proteste organisiert. Während die Handelskonzerne mit Boxhandschuhen

kämpfen und Gesetze brechen, hat die HBV immer noch die Samthandschuhe an. Die anderen Gewerkschaften sagen gar nichts, obwohl auch ihre Mitglieder die Leidtragenden einer allgemein fortschreitenden Flexibilisierung sein werden.

Es gibt eine Forderung hinter der man die 2,8 Millionen Beschäftigten im Einzelhandel und die Millionen in der übrigen Wirtschaft vereinen kann: Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden für alle - dann haben alle mehr Zeit zum einkaufen.

Wenn die Sonntagsarbeit bzw. die Ausweitung der Arbeitszeiten auf täglich 22 Uhr im Einzelhandel verhindert werden sollen, dann müssen alle Gewerkschaften gemeinsam die Mitglieder und die Bevölkerung informieren und zu Protesten mobilisieren.

Georg Kümmel, Köln

■ Keine weitere Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten

■ 30-Stunden-Woche für alle bei vollem Lohn- und Personalausgleich

■ Gemeinsamer Kampf gegen die Flexibilisierung von HBV und allen DGB-Gewerkschaften

# Der Inhalt des Sparpaketes und die Wahlversprechen

Wir stellen Aussagen aus dem Wahlprogramm der SPD und dem Koalitionsvertrag von SPD/Grünen dem Inhalt des Sparpaketes gegenüber. (Das Sparpaket hat den bezeichnenden Namen „Zukunftsprüfung 2000“, soll wohl heißen, daß es auch in Zukunft mit der Kürzungspolitik weiter geht).

„Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist das oberste Ziel der neuen Bundesregierung“ (Erste Seite Koalitionsvertrag)

„Die Bundesregierung geht den Abbau des Staatsapparates und die Verkleinerung des öffentlichen Dienstes konsequent an. Deshalb wird die lineare Stelleneinsparung in der Bundesverwaltung in den nächsten 4 Jahren fortgesetzt.“ (Zukunftsprüfung 2000)

Das heißt, daß 6 Prozent der Stellen in den nächsten 4 Jahren beim Bund abgebaut werden.

„Die SPD-geführte Bundesregierung wird die unsoziale Rentenpolitik unmittelbar nach der Bundestagswahl korrigieren.“ (SPD-Wahlprogramm)

Die von der Kohl-Regierung 1996 beschlossene stufenweise Anhebung der Altersgrenze für Frauen von 60 auf 65 und für Männer von 63 auf 65 Jahren wird nicht zurückgenommen. Stattdessen sollen die Renten in den kommenden zwei Jah-

(prognostizierte 0,7 bis 1,6 Prozent). Infolgedessen wird die sogenannte Standardrente auf ein Niveau von 66% des letzten Nettoeinkommens sinkungsvoll bekämpfen zu können, wird die SPD-geführte Bundesregierung dem Bundestag einen nationalen Armuts- und Reichtumsbericht vorle-



ken. Bisher waren es 70 Prozent.

Bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit vor vollendetem 60. Lebensjahr, müssen Versicherte Rentenabschläge von 10,8% in Kauf nehmen.

„Eine moderne Gesellschaft

gen.“ (SPD-Wahlprogramm)

Über ein Drittel der für das Jahr 2000 geplanten Einsparungen von 30 Milliarden sollen von den Arbeitslosen, sprich den Armen in der Gesellschaft aufgebracht werden. Die Erhöhung von Arbeitslosensgeld und -hilfe hemmt sich

unser standpunkt

# Gysi geht den Weg der SPD

„Es ist ihre historische Grunderfahrung [die der Arbeiterbewegung, Red.], daß Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen.“ Dieser Satz findet sich nicht etwa in den neuesten zwölf Thesen von Gregor Gysi, sondern steht im Grundsatzprogramm der SPD von 1989. Nun wissen alle, daß diese Grunderfahrung für die SPD mittlerweile nicht mal mehr das Papier wert ist, auf dem sie steht. Aber auch Gysi fand sie wohl nicht mehr modern genug.

SPD und Grüne haben sich in der Praxis - siehe Sparpaket - und in der Theorie - siehe Schröder-Blair-Papier - von allen antikapitalistischen Vorstellungen verabschiedet. Die PDS ist die einzige linke Oppositionspartei im Bundestag. Wer gehofft hatte, die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) würde dem pro-kapitalistischen Kurs von Rot-Grün eine sozialistische Alternative entgegenstellen, wird von den Gysi-Thesen enttäuscht.

Statt einer gesellschaftlichen Alternative entwirft Gysi das Bild eines gezähmten Kapitalismus. „Es geht nicht um die Abschaffung von Märkten, sondern um andere Märkte; es geht nicht um die Unterdrückung unternehmerischer Initiative, sondern um neue Rahmenbedingungen für ihre soziale und ökologische Ausrichtung.“ Gysi äußert fromme Wünsche an einen besseren Kapitalismus: Verkürzung der Arbeitszeit, soziale Grundversicherung, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Erschließung neuer Arbeitsfelder im sozialen und ökologischen Bereich. Auch eine „globale Offensive zur Überwindung von Armut, Hunger und Unterentwicklung“ soll gestartet werden. Zur Durchsetzung dessen sollen die Finanzmärkte reguliert, die Spekulation behindert werden. Gysi unterscheidet quasi in gutes, investives, und schlechtes, spekulatives, Kapital. Letzteres soll deshalb höher besteuert werden.

Doch Gysis neue Welt ist weder neu noch wird sie durch ihre Wiederholung besser. Die gleichen Grundideen finden sich auch im Grundsatzprogramm der SPD. Diese forderte 1989 eine Wirtschaftsdemokratie und schrieb: „In der Wirtschaftsdemokratie haben gesellschaftliche Ziele Vorrang vor den Zielen privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung.“ Bei Gysi klingt das heute so: „Der Aufbruch in eine sozialistische Moderne zielt darauf ab, an die Stelle der Dominanz der Kapitalverwertung ... die Dominanz sozialer, kultureller und ökologischer Zielstellungen zu setzen.“ Und weiter: „Wer die neuen Chancen nutzen will, muß sie zu Chancen für alle werden

lassen. ... Dazu bedarf es eines neuen Gesellschaftsvertrages.“ Und der ist bei ihm Vertrag mit den Kapitalisten.

Gysi gab sein Grundsatzpapier an die SPD, um die Programmdebatte der PDS voranzutreiben. Denn er und andere in der SPD wollen die PDS gründlich sozialdemokratisieren. Dazu kopieren sie die SPD von den 70er und 80er und bleiben sogar rechts von den damaligen Positionen. Dies zeigt sich in der Haltung zur Flexibilisierung oder zu Privatisierungen im öffentlichen Dienst, die klar abgelehnt werden. Mit einer Ansaugung von bloßen Wünschen wird die Illusion erweckt, daß man die Bitternis des krisierten Kapitalismus durch etwas sozialdemokratische Limonade in ein Meer voller Süßwasser wandeln könnte (Rosa Luxemburg). Die Politik der SPD konnte aber nur solange Früchte tragen, wie sich der Kapitalismus seinem lang anhaltenden Nachkriegsschwung befand.

Die SPD ist mit dem Verzicht auf die grundlegende Kritik am Kapitalismus Sparpaket zu Lasten von Rentnern, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern getrieben. Auch den Grünen ist es mangels einer Gesellschaftsalternative so ergangen. Und genau da wird die PDS bei diesem Kurs an den Rand gedrängt. Toleranz der Sachzwänge des Kapitalismus und Angriffe auf ArbeiterInnen, die gestellte und die Jugend. Aufgrund der Krise des Kapitalismus wird das nur noch schneller gehen. Enttäuschte SPD-Wähler, auch in den Westen, werden nicht den gleichen Weg noch einmal gehen. Immer mehr werden nach einer wirklichen Alternative suchen.

Die liegt dort, wovon sich Gysi gleich am Anfang trennt: in einer geplanten Wirtschaft. Denn der Fehler der DDR und anderer sozialistischer Staaten lag nicht in der Planwirtschaft, sondern in ihrer bürokratischen Handhabung und dem Fehlen von Arbeiterdemokratie. Aber den Stalinismus hat die PDS in dieser Hinsicht nie gründlich analysiert. Die neuesten Thesen von Gysi machen eines klar: Es ist dringend notwendig, eine neue Arbeiterpartei aufzubauen, die eine wirkliche Alternative der Gesellschaft erreichen will, aber auch jetzt auf der Straße gegen das Sparpaket der Regierung mobilisieren würde. Aber es ist unerlässlich, daß Sozialismus nicht nur ein frommer Wunsch ist, sondern eine wirkliche Alternative zum Kapitalismus. Eine solche neue Arbeiterpartei aufzubauen, dafür macht die SAV einen Anfang.

Die sogenannte „originäre“ Arbeitslosenhilfe an Wehrpflichtige, Zivis, Referendare die noch keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt haben, wird abgeschafft. Sie müssen künftig bei Arbeitslosigkeit direkt zum Sozialamt. Einsparung: 1 Milliarde.

Bisher hat der Bund für Bezieher von Arbeitslosenhilfe die Beiträge an die Sozialversicherungen auf der Bemessungsgrundlage von 80 Prozent des letzten Bruttogehalts bezahlt. Künftig werden die Beiträge nur noch nach der tatsächlich bezahlten Arbeitslosenhilfe bezahlt. Das bedeutet massive Renten Kürzungen für Langzeitarbeitslose und Kürzungen bei den Etats der Krankenkassen, die wiederum auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden. Einsparvolumen: 5,9 Milliarden.

„Wir wollen die Finanzkraft der Gemeinden stärken und das Gemeindefinanzsystem einer umfassenden Prüfung unterziehen.“ (Koalitionsvertrag)

Nach einer Berechnung von Uwe-Jens Rössel, PDS-Bundestagsabgeordneter sind insgesamt 9,4 Milliarden Mark oder knapp 1/3 von Eichels Sparpaket, Mittelkürzungen bzw. Kostenabwälzungen zu Lasten der Kommunen. Der größte Batzen darunter, den die Kommunen künftig übernehmen müssen, ist der

den Kommunen bei den im Herbst anstehenden Haushaltsentwürfen für das Jahr 2000 zu drastischen Kürzungen, Personalabbau im öffentlichen Dienst und Gebührenerhöhungen führen.

„Die SPD-geführte Bundesregierung wird dafür sorgen, daß die Zahl der Sozialwohnungen wieder vergrößert wird: Wir werden den Neubau von Sozialwohnungen verstärken.“

Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau werden von 1,2 Milliarden in diesem Jahr nochmal um 600 Millionen gekürzt. Damit stehe der soziale Wohnungsbau vor dem Aus, sagt Anke Fuchs, Präsidentin des Mieterbundes - aber selber SPD-Bundestagsabgeordnete.

„Im Sinne eines gerechten Lastenausgleichs werden wir dafür sorgen, daß auch die sehr hohen Privatvermögen wieder einen gerechten Beitrag leisten, um Bildung und andere öffentliche Dienstleistungen finanzieren zu können.“ (SPD-Wahlprogramm)

Eine private Vermögenssteuer wird nicht wieder eingeführt. Bei Bildung und öffentlichen Dienstleistungen wird gespart. Aber:

„Der Steuersatz auf der Unternehmensebene beträgt ab 2001 einheitlich nur noch 25 v.H.. Für Kapitalgesellschaften bedeutet dies eine Tarifentlastung von 15 Prozent.“

verbliebenen Gewinns ebenfalls eine Entlastung auf v.H. erreicht... Im Enghenjahr kommt es zu einer Nettoentlastung von rund Milliarden Mark.“ (Zukunftsprüfung 2000).

„Unsere Leitidee heißt: Bildung für alle. Dazu gehört vollen Chancengleichheit für den Zugang zu höherer Bildung. Der Zugang zum Studium nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.“ (SPD-Wahlprogramm)

„Mit einer grundlegenden Reform der Ausbildungsförderung werden wir 1999 beginnen. In einem ersten Schritt werden wir Einschränkungen des 18. Bafög-Novelle zurücknehmen und die Freibeträge weiter anheben“ (Koalitionsvertrag)

Anstatt die Einschränkungen zurückzunehmen werden sogar noch verschärft. Die bereits unter Kohl beschlossene Bafög-Erhöhung wird verschoben. Die Freibeträge werden nicht erhöht. Während 1999 noch 870.000 Schüler und Studenten Bafög erhielten, waren es 1998 nur noch 529.000. Der Darlehensanteil bleibt unverändert. Die Bafög-Darlehen sollen von einem Staatsdarlehen auf Bankdarlehen umgestaltet werden. Das Hochschuldarlehensprogramm soll auslaufen.

Ursel Beck, Köln

SAV Berlin: Kandidatur links von der PDS

# Rechte Politik nicht tolerieren

Bei den Landes- und Kommunalwahlen im Oktober in Berlin wird die SAV im Prenzlauer Berg mit einer eigenen Bezirksliste antreten. Zusätzlich wird die Studentin Antje Zander, die auf dem ersten Bezirkslistenplatz der SAV steht, für die Demokratische Linke (DL) im Prenzlauer Berg als Direktkandidatin zum Berliner Abgeordnetenhaus antreten. Die Kandidaturen richten sich bewusst auch gegen die PDS, die entgegen ihrem sozialistischen Etikett, überall wo sie Einfluß hat, rechte Politik toleriert, mitträgt oder selbst durchführt.

Obwohl die Berliner SPD in der Großen Koalition federführend bei der Zerschlagung des Öffentlichen Dienstes war, hat die PDS angekündigt, eine Koalition von SPD und Grünen nach den Wahlen am 10. Oktober zu tolerieren.

Die Berliner PDS stellt die Kürzungspolitik der Großen Koalition im öffentlichen Dienst nicht grundsätzlich in Frage. Bereits 1996 legte die PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus ein Positionspapier zur Zukunft des Öffentlichen Dienstes vor, das Stellenstreichungen nicht ausschließt.

In diesem Frühjahr protestierten Eltern und Kinder gegen die für 2000 beschlossene Schließung der Kita „Fischerinsel“ in Mitte. Der Vorsitzende des Jugendhilfe-Ausschusses, Singer (PDS), verteidigte die Schließung mit den Worten: „Die Kosten für die dringend notwendige Instandsetzung kann der Bezirk nicht tragen“ (Berliner Abendblatt vom 22.4.99).

## PDS kürzt mit der CDU

1997 stimmte die PDS gemeinsam mit der CDU und dem „Bündnis Prenzlauer Berg“ dem Haushalt für den

Bezirk zu, der unter anderem eine Kürzung beim Etat für freie Träger der Kinder- und Jugendarbeit von 2,3 auf 1,2 Millionen vorsah.

Im gleichen Jahr folgte auch PDS-Bürgermeister Buttler in Marzahn allen Sparvorgaben des Berliner Senates.

Der Marzahner Jugendstadtrat Kieke (damals PDS) genehmigte der NPD 1998 eine Wahlkampfveranstaltung im dortigen Freizeitforum. Schon 1996 hatte PDS-Bürgermeister Buttler den geplanten Nazi-Aufmarsch zum 1. Mai in Marzahn geheimgehalten.

## PDS-Praxis

Im Prenzlauer Berg in Berlin trägt die PDS Sozialkürzungen und Arbeitsplatzvernichtung mit. Sie hat dem Haushalt 1997 trotz der Halbierung des Etats für freie Träger der Kinder- und Jugendarbeit zugestimmt. Der PDS-Stadtrat für Jugend, Schule, Kultur und Sport, Burkhard Kleinert, ist für die Schließung des Mandel-Gymnasiums verantwortlich. Der Schulentwicklungsplan Kleinerts, der eine Schließung der ökologisch orientierten Schule vorsah, wurde 1997 im Ausschuß für Bildung und Kultur abgelehnt. Trotzdem litt die Schule unter zurückgehenden Anmeldungen, weil vielen Eltern das Risiko einer Schließung und eines dann notwendigen Schulwechsels zu groß war. Bald darauf hatte der Jugendstadtrat die Bedingungen geschäftlich, die zur Schließung des Gymnasiums gebraucht wurden. Eine Beteiligung der betroffenen Eltern und SchülerInnen an der Entscheidung hatte Kleinert abgelehnt – eben weil sie betroffen seien.

In den letzten Jahren traten vier PDS-Verordnete aus der PDS-Fraktion in der Bezirksversammlung, Friedrichshain aus, weil sie den Baufilz und



Die PDS lehnt Privatisierung nicht grundsätzlich ab. Mit dieser Politik kann sie sich schnell auf der anderen Seite der Barrikaden befinden.

die spekulantenfreundliche Politik der PDS ablehnten. In diesem Jahr kandidieren sie für die DL.

## Nicht farbecht

Fast überall, wo die PDS auf kommunaler oder auf Landesebene an der Regierung beteiligt ist, tritt sie in die Fußstapfen der rechten Sozialdemokratie und macht keine grundlegend andere Politik.

In Sachsen-Anhalt toleriert die PDS die Minderheitsregierung von SPD und Grünen und stimmt dabei Sozialkürzungen zu. Anfang Juni dieses Jahres hat die PDS in Magdeburg der Kürzung der Landesausgaben für die Kinderbetreuung mitgetragen, nachdem die SPD mit Neuwahlen drohte. Bis zum Jahr 2005 will das Land 12 900

Stellen in der Verwaltung abbauen. Die Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollen um fast ein Fünftel verringert werden.

In Mecklenburg-Vorpommern, wo die PDS mit der SPD regiert, wird beim Landeserziehungsgeld für Familien und bei der Jugendförderung gekürzt. Tausend neue Stellen für Sozialarbeiter, die sich an den Schulen um Problemkinder kümmern sollten, hatte die PDS versprochen. Geblieben ist die Zusage der SPD, das Land werde sich bis 2002 an der Weiterfinanzierung von insgesamt 750 bereits bestehenden ABM-Stellen beteiligen, die sonst in den kommenden Jahren auslaufen würden.

Für den öffentlichen Beschäftigungssektor, einem

zentralen Instrument zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Programm der PDS, sind für das nächste Jahr 9 Millionen Mark vorgesehen. Das reicht maximal für zwei- bis dreihundert Beschäftigte, (bei 159 000 gemeldeten Arbeitslosen im Juli 1999).

In Rostock hat die PDS in den vergangenen Jahren der Hafenprivatisierung und der Privatisierung der Wasserversorgung zugestimmt.

Die „roten Socken“ sind nicht farbecht! Die meisten PDS-Funktionäre in den Parlamenten und Parteivorständen akzeptieren die Folgen der Marktwirtschaft, weil sie die Marktwirtschaft akzeptieren.

Andreas Schug, SAV Berlin

Ihr da oben ...



## Sch...

Obwohl das System der privaten Wirtschaft den Menschen immer größere Probleme beschert, – Massenarbeitslosigkeit, Umwelterstörung – traten in den letzten Jahren vermehrt Führer sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien mit positiven Äußerungen bezüglich eben dieser privaten Wirtschaft, auch Marktwirtschaft genannt, an die Öffentlichkeit.

Ja, gerade als diese private Wirtschaft sich daran machte, Arbeitsplätze wegzurationalisieren, Arbeitszeiten zu flexibilisieren und Arbeitnehmerrechte zu deregulieren, wollten ausgerechnet Gewerkschaftsvorsitzende den Wirtschaftsbossen gerne und oft ganz nahe sein. Sie richteten runde Tische ein und ließen fortan hören, man könne alle Konflikte doch auch freundschaftlich regeln.

Wählerinnen und Wähler konnten sich zunächst insbesondere nicht erklären, was die führenden Politiker der Regierungsparteien in Deutschland in den letzten drei Monaten taten. Seit ihrem Amtsantritt im Oktober vergangenen Jahres waren diese Politiker von der Wirtschaft abwechselnd bedroht und beschimpft worden, ja sogar Leute aus ihren Reihen zum Rücktritt genötigt worden. Doch dann trat der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei mit einem Papier an die Presse und sagte, man bräuhete noch viel mehr private Wirtschaft. Kurz darauf betonte auch die mitregierende Umweltpartei erneut, sie wolle ganz bestimmt immer ganz lieb zur Wirtschaft sein, sie wollten Kooperation statt Konfrontation. Ja selbst ein gewisser Herr Gysi, der immer behauptet hatte Sozialist zu sein, schrieb zwölf Thesen, in denen er verkündete, es ginge nicht mehr um die Abschaffung des Marktes und, daß das kleine und mittlere Unternehmertum gefördert werden müsse.

Die spinnen, die Politiker, meinten die Leute und einige vermuteten, das sei durch den Genuß von britischem Rindfleisch ausgelöst worden, schließlich waren die typischen Symptome zunächst bei dem Briten Tony Blair beobachtet worden.

Inzwischen gibt es eine andere, vollkommen plausible Erklärung: Sie haben zuviel Fleisch von Tieren verzehrt, die mit Klärschlamm gemästet worden sind. Diese jetzt bekanntgewordene Methode der privaten Futtermittelindustrie kann nach Erkenntnissen der Medizin beim Menschen zur Schädigung des Gehirns führen. Aus Sicht der privaten Wirtschaft eine tolle Sache: man füttere die verantwortlichen Politiker mit Sch... und alsbald loben diese ohne erkennbaren Grund die private Wirtschaft, kurzum sie reden nur noch Sch...



... wir hier unten

## Serbien Opposition ohne Alternative

Fast täglich gibt es in Serbien Proteste gegen Milosevic. Auch die NATO will ihn loswerden - und durch ebenso reaktionäre Oppositionsführer ersetzen.

Milosevics Politik hat der Bevölkerung immer größeres Elend gebracht. Nur durch das reaktionäre und arbeiterfeindliche Programm der verschiedenen Oppositionsführer kann er sich vielleicht noch an der Macht halten.

Das Oppositionsbündnis Allianz für den Wechsel (SZP) will Dragoslav Avramovic zum Regierungschef machen, den Mann, der als Notenbankchef während dem Bosnienkrieg Milosevic wirtschaftlich den Rücken freihielt.

Der vom Westen hofierte Zoran Djindjic stand im Winter 1996/97 mit an der Spitze der Massenproteste gegen die Nichtanerkennung der Kommunalwahlergebnisse. Aber statt ein Bündnis mit Milosevics albanischen Gegnern im Kosovo zu suchen, kämpfte er gemeinsam mit dem reaktionären Nationalisten Vuk Draskovic, der schon Anfang der neunziger Jahre alle AlbanerInnen aus dem Kosovo ausweisen wollte. So wurde eine große Chance für einen gemeinsamen Kampf von serbischen und albanischen ArbeiterInnen gegen ihre gemeinsamen Feinde vertan.

Draskovic selber war dieses Jahr einige Monate in der Regierung und seine SPO demonstriert in der Belgrader Stadtverwaltung, daß sie es in Sachen Korruption und Vetterwirtschaft mit Milosevic aufnehmen können.

Durch die Wiedereinführung des Kapitalismus unter Milosevic in den 90er

zu langsam ging und sie sich zu wenig Staatsbetriebe unter den Nagel reißen konnten. Sie wollen die Privatisierung beschleunigen, wodurch Arbeitslosigkeit und Elend noch mehr steigen werden. Anders als die von den westlichen Regierungen unterstützten bürgerlichen Nationalisten haben unabhängige Gewerkschaften wie „Nezavisnost“ die Unterdrückung im Kosovo bekämpft. Aber auch deren Führer wollen die AlbanerInnen mit Autonomie abspesen. Zugleich schüren sie unter den serbischen ArbeiterInnen Illusionen in Privatisierungen und ordnen sich der neoliberalen Wirtschaftspolitik der Oppositionsführer unter. Wenn sie diesen Kurs nicht ändern, führen sie die ArbeiterInnen in eine Sackgasse.

Wolfram Klein, Stuttgart



## Kosovo Neue Unterdrückung

Durch die NATO-Bomben und albanische Nationalisten wurden etwa vier Fünftel der Serblinnen und noch mehr Roma aus dem Kosovo vertrieben. NATO und UNO schlichten nicht zwischen den AlbanerInnen und Serblinnen sondern unterdrücken alle Volksgruppen.

Der monatelange Bombenterror der NATO und Milosevics Vertreibungen haben den Haß zwischen den Volksgruppen enorm vertieft. An der Spitze der UÇK stehen reaktionäre Nationalisten, die nicht die nationale Unterdrückung beseitigen, sondern Privilegien für sich wollen.

Der Chef der UNO-Besatzungstruppe KFOR, Jackson, erklärte Anfang August das Ausmaß der Gewalttaten von Albanern sei mit den früheren Gewalttaten serbischer Kräfte vergleichbar.

Welches Zeugnis stellt er damit seinen eigenen Truppen aus? Sie können offensichtlich die Minderheiten nicht schützen, nur die Mehrheit unterdrücken, indem sie die Umsetzung der Lostrennung von Serbien verhindern, die 1991 mit überwältigender Mehrheit in einer Volksabstimmung beschlossen wurde. Den Frust darüber lassen dann einige AlbanerInnen an den Minderheiten im Kosovo aus. Die Hoffnung von PDS und verschiedenen anderen Linken, UNO-Truppen könnten eine Lösung sein, wird durch die KFOR, die ja unter dem Mandat der UNO agiert, widerlegt. Als Folge der jahrzehntelangen Unterdrückung hat die rechte nationalistische UÇK Massenunterstützung. Das können Linke in Deutschland oder Serbien nicht ändern, indem sie für die Fortsetzung der Unterdrückung durch die NATO bzw. UNO eintreten, sondern indem sie das Recht der Kosova-AlbanerInnen auf Lostrennung unterstützen und das mit der Forderung nach demokratischen Rechten für alle Minderheiten und einem sozialistischen Kosovo verbinden.

Die UÇK-Führung wird durch ihre Verbindungen zu Mafia-Kapitalisten und die Unterdrückung von Opposition auch mit den albanischen ArbeiterInnen und Bauern in Konflikt geraten, deren Probleme ein unabhängiges kapitalistisches Kosovo überhaupt nicht löst. Nur durch Kampf gegen jede Form von nationaler Unterdrückung und Ausbeutung läßt sich auf dem Balkan ein gemeinsamer Kampf der ArbeiterInnen der verschiedenen Nationalitäten und damit eine Lösung der Probleme erreichen.

# Gesundheit nur noch für Reiche

Mittlerweile kennen wir es: alle ein, zwei Jahre steht wieder eine Gesundheitsreform auf der Tagesordnung. Die Folgen kennen wir auch schon: immer mehr Leistungen werden uns gestrichen oder wir müssen mehr zahlen bei Medikamenten, Arzt- und Krankenhausbehandlungen. Die Beschäftigten im Gesundheitswesen sollen mehr arbeiten und weniger verdienen. Die rot-grüne Regierung fährt den Kurs der Kohl-Regierung weiter und der heißt: Zerschlagung des öffentlichen Gesundheitswesens.

Vorrangiges Ziel der rot-grünen Bundesregierung ist es, die Krankenversicherungsbeiträge konstant zu halten. Nicht etwa, weil sie uns keine weiteren Belastungen zumuten will, sondern weil sie die Unternehmer weiter entlasten will. Jede weitere Lohnnebenkostenerhöhung soll vermieden werden. Rot-Grün denkt aber nicht daran, die Profite der Pharmaindustrie zu reduzieren, die Privilegien von Chefarzten anzugreifen oder betrügerische Abrechnungen durch Ärzte und Pflegedienste abzustellen. Schon gar nicht gibt es irgendwelche Maßnahmen, um die Ursachen von Krankheiten und damit die Folgekosten zu bekämpfen. Was übrig

sind gleichbedeutend mit den Gewinnexplosionen der Pharmaindustrie und den Herstellerfirmen für medizinische Geräte.

Die Personalkosten der Krankenhäuser stagnieren seit Jahren. Von 1995 bis 1997 sind sie sogar um 2,4 Milliarden zurückgegangen. Allein 1997 wurden 16.000 Arbeitsplätze abgebaut. Seit 1980 liegen die Leistungen der Krankenversicherungen zwischen 6,1 und 6,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Nicht die Gesamtausgaben der Krankenkassen explodieren, sondern ihre Einnahmen implodieren.

Durch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit gehen Milliarden an Beiträgen verloren. 9,7 Milliarden DM machte dies allein 1996 aus. Eichels Kürzungsprogramm sieht vor, daß für Arbeitslose geringere Sozialversicherungsbeiträge abgeführt werden. Damit sinken die Einnahmen der Krankenversicherungen weiter.

## Globalbudget

Künftig soll es eine Obergrenze von 250 Milliarden DM für die Ausgaben der Krankenkassen geben. Das Bezugsjahr ist 1998. 244 Milliarden DM gaben die Krankenkassen in diesem Jahr aus. Das Jahr ist schlaue gewählt: 1997 hatten die Krankenkassen

Krankenhausbeschäftigten nur noch teilweise von den Krankenkassen finanziert werden dürfen.

## Krankenhausfinanzierung

In drei Stufen sollen die Krankenkassen bis 2007 neben den reinen Behandlungskosten auch die Kosten für Investitionen in Krankenhäusern übernehmen. Länder und Kommunen sollen sich aus der Krankenhausfinanzierung und damit auch aus ihrer Verantwortung für die Krankenhäuser verabschieden. Das führt zur Verschärfung des wirtschaftlichen Drucks auf die Krankenhäuser. Vor diesem Hintergrund sind auch die Tarifverhandlungen für die Krankenhausbeschäftigten zu sehen. Die Arbeitgeber wollen die Ruhezeiten verkürzen, 12-Stunden-Schichten an Sonn- und Feiertagen einführen und die jederzeitige zuschlagsfreie Verfügbarkeit der Beschäftigten erreichen. Durch diese Flexibilisierung sollen weitere 19.000 Arbeitsplätze in Krankenhäusern abgebaut werden. Wirtschaftlichkeit wird zum obersten Prinzip erhoben. Damit wird auch der Weg für weitere Privatisierungen bereitet.

## Angriff auf die Ärzteschaft?

Die Gesundheitsreform sieht auch weitere Beschneidungen der Budgets für Ärzte vor. Überschreiten sie diese, sollen sie persönlich haften. Die „Kassenärztliche Vereinigung“ diskutierte ein Notprogramm: Patienten, die nicht „zwingend notwendige“ Medikamente erhalten, sollten ins neue Jahr vertröstet werden.

Nach Patienten und Beschäftigten sind nun auch die Ärzte von den Maßnahmen der Bundesregierung betroffen. Aber am Ende wird der Streit doch wieder auf dem Rücken der Patienten ausgetragen. Wenn die Regierung an die überzogenen Einkommen vieler Ärzte wollte, dann könnte sie die Millionäre in deren Reihen beispielsweise über die Vermögenssteuer zur Kasse bitten. Wenn sie Kostensenkung über den Einsatz von sinnvollen und preiswerten Medikamenten erreichen wollte, dann müßte sie dafür Sorgen, daß sich nicht länger private Pharmakonzerne goldene Nasen verdienen. Und der Abrechnungsbetrug würde drastisch eingeschränkt, wenn jeder Pa-

tient nach der Behandlung erführe, was der Arzt der Krankenkasse in Rechnung stellt.

## Konkurrenz belebt das Geschäft – bis in den Tod

Hinter Gesundheitsministerin Fischers Plänen steht die Ideologie, daß mit marktwirtschaftlichen Mitteln alles besser funktioniere. „Marktwirtschaft“ bedeutet jedoch, daß die Bedürfnisse des Menschen nur dann eine Rolle spielen, wenn er mit der nötigen Kaufkraft, sprich Geld, ausgestattet ist.

Gerade im Gesundheitswesen wird deutlich, daß die Orientierung an der „Marktposition“ dafür sorgt, daß die Masse der Bevölkerung schlechtere Bedingungen erhält und Menschen ihr Leben verlieren werden, weil den Krankenkassen die Finanzierung einer lebensrettenden Behandlung zu teuer ist. In England werden bereits 25 Prozent aller Hüftoperationen privat bezahlt. In ärmeren Regionen wird Männern über 45 Jahre der Zuschuß zur Dia-

lyse verwehrt.

Die rot-grüne Gesundheitsreform ist ein Angriff auf die abhängig Beschäftigten – als BeitragszahlerInnen und Patienten – und ein Angriff auf die Beschäftigten im Gesundheitswesen, allen voran auf die Krankenhausbeschäftigten. Die ÖTV-Demo am 15. 6. 99, an der sich 30.000 Krankenhausbeschäftigte beteiligt haben, kann nur der Anfang sein. ÖTV und DGB müssen nicht nur Eichels Kürzungsprogramm und Riesters Rentenpläne, sondern auch Fischers Gesundheitsreform zu Fall bringen. Dazu ist ein heißer Herbst notwendig.

## Unser Programm

- \* Nein zur rot-grünen Gesundheitsreform. ÖTV und DGB müssen den Kampf dagegen organisieren
- \* Rücknahme aller Verschlechterungen der Kohl-Regierung
- \* Nein zur Schließung von Krankenhäusern und zu Bettenabbau
- \* Sofortige Besetzung aller

freien Planstellen und fristete Übernahme Azubis in den Krankenhäusern

- \* Sofortige Einstellung arbeitslosen Ärzte und KrankenpflegerInnen
- \* 30-Stunden-Woche mit dem Lohn- und Personalgleich für die Beschäftigten im Gesundheitswesen
- \* weitere Flexibilisierung
- \* Schluß mit Privatisierung im Gesundheitswesen
- \* Überführung der Pharmakonzerne und der Medizintechnik in Gemeingut. Demokratische Verwaltung und Kontrolle der arbeitende Bevölkerung
- \* Für ein kostenloses, finanziertes Gesundheitswesen, das sich nicht an Profit orientiert, sondern an den Patienten

**Holger Dröge, Vorsitzender der Jugendvertretung am Klinik Aachen**

(Angabe der Funktion der Kennzeichnung der Person)

## Profit in der Praxis

- 15 bis 20 Prozent aller Kassenärzte rechnen zu hoch ab (Wirtschaftswoche 3. 6. und 1. 10. 94).
- Das deutsche Gesundheitswesen verliert durch betrügerische Abrechnungen Milliardensummen. Dies ergibt eine Hochrechnung der AOK Niedersachsen nach der Auswertung von 170 Stichproben. (Kölner Stadtanzeiger 15. 2. 99)
- Durch Betrug und Bestechung von Klinikchefs und Herzchirurgen entstanden den Krankenkassen durch überbeurteilte Herzklappen und Herzkatheder schätzungsweise insgesamt 3 Milliarden Mark Schaden.
- Rund 70 Prozent aller Medikamente (rund 50.000 sind in Deutschland im Handel) sind nach Angaben der Bundesärztekammer ohne Überprüfung von Wirksamkeit und Unbedenklichkeit im Handel. Laut SPD-Gesundheitsexperte Dressler geben die Kassen rund 6 bis 7 Milliarden pro Jahr für Präparate von zweifelhaftem Nutzen aus. Das sind rund 15 Prozent aller Ausgaben für Medikamente.

bleibt sind Kürzungen zu Lasten der Patienten und massiver Stellenabbau im Gesundheitswesen.

## Kostenexplosion?

Die einzigen Kosten die im Gesundheitswesen explodieren, sind die Kosten für Medikamente und Instrumente. Und diese Kostenexplosionen

sen noch rund 267 Milliarden DM ausgegeben. Die Senkung im Jahr 98 wurde durch erhöhte Zuzahlungen der Versicherten bei Kuren und Medikamenten erreicht.

Die rot-grüne Gesundheitsreform nimmt auch nicht das 1997 von der Kohl-Regierung erlassene Gesetz zurück, wonach Lohnerhöhungen für

# Krankenhausbeschäftigte wehren sich

In Berlin nimmt der Kahl-schlag im Gesundheitswesen immer bedrohlichere Ausmaße an. Um sich dagegen zu wehren, haben sich Kolleginnen und Kollegen bereits im Mai 1998 zum „Aktionskomitee Krankenhäuser“ zusammengeschlossen. Am 9. 3. fand eine Straßenblockade des Krankenhauses statt, um auf die miserablen Zustände dort aufmerksam zu machen. Katja Raetz von der SAV Berlin sprach mit Volker Gernhard, Mitinitiator des Aktionskomitees und Personalrat im Krankenhaus Neukölln.

**VORAN: Wie ist derzeit die Situation im Krankenhaus Neukölln?**

**Volker Gernhard:** Nach dem rapiden Bettenabbau haben wir den ganzen Winter durch Zustände gehabt, pro Station ungefähr zwei oder drei Betten auf den Fluren stehen zu

haben, d.h. Patienten ohne Klingel-möglichkeit, ohne Intimsphäre, ohne Waschbecken, ohne alles. Die andere Seite ist, daß wir vom Personal her seit Beginn 1996 einen Einstellungsstopp haben, also auch keine Schüler mehr übernommen haben, und von daher auf den Stationen die Dienstpläne nicht mehr geschrieben werden können. Nachdem jetzt Budgetkürzungen von 8,6 Prozent für 1998 und 1999 verordnet wurden, haben wir im vergangenen Jahr 200 Pflegekräfte in Überhang gegeben, und auch für dieses Jahr müssen noch einmal 200 Leute in den Überhang. Das bedeutet, daß wir auf großen Stationen im Frühdienst zwei Krankenschwestern hatten, was nicht mehr alle nötigen Versorgung gewährleisten konnte. Jetzt haben wir eine Mindestbesetzung auf allen Stationen durchgesetzt, was in ganz Berlin einmalig

ist. Dadurch konnten wir den Personalabbau nach unten begrenzen. Das Krankenhaus hat deshalb ein jährliches Defizit von 6 Millionen, aber wir haben erreicht, daß die Kosten nicht auf die Beschäftigten und PatientInnen abgewälzt werden.

## Warum wurde das Aktionskomitee Krankenhäuser gegründet?

Das Berliner Aktionskomitee ist gegründet worden, weil wir sowohl die Krankenhäuser des öffentlichen Dienstes, als auch die freigemeinnützigen und die privaten Krankenhäuser zusammenfassen wollten, um einfach schlagkräftiger zu werden. Wir haben dann sehr schnell gemerkt, daß die Gewerkschaft die Auseinandersetzung gegen Stellenabbau nicht so durchgeführt hat, wie wir uns das gewünscht hätten. Deshalb brauchten wir über diesen schlichten Zusammen-

fassungseffekt hinaus auch einen Organisationsrahmen, um Aktionen vorzubereiten, wo alle Krankenhäuser dran teilnehmen können. Mittlerweile dient das Aktionskomitee dazu, auch die Organisation des Widerstandes gegen Betten- und Stellenabbau in Berlin durchzuführen.

## Wie schätzt Du die Politik der ÖTV ein?

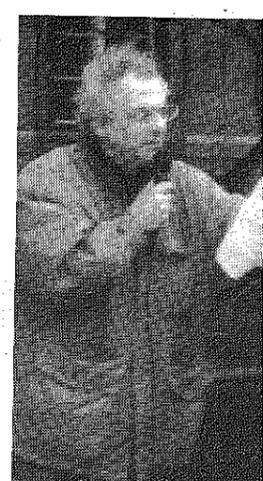
Wir hatten ein Gespräch mit der Vorsitzenden der Berliner ÖTV, Susanne Stumpfenhusen. Die ÖTV sagt, sie hätten in der Vergangenheit schon viele Kämpfe geführt und immer verloren und daher verlegen sie sich jetzt aufs „Mitgestalten“. Das kann ich nicht nachvollziehen, man kann Stellenabbau nicht mitgestalten. Wenn man das macht, dann sorgt man dafür, daß die Stellen abgebaut werden. Also was die ÖTV im Moment macht, ist einen sozialverträg-

lichen Stellenabbau durchzuführen und damit kann ich nicht leben.

## Was ist die Zukunft der Proteste, also auch des „Aktionskomitees“ Krankenhäuser, wie wird es weitergehen in Berlin?

Nach Beschluß der Krankenhausschließungen ist die Beteiligung an den Treffen zurückgegangen; wir haben aber zum Beispiel bei der ÖTV-Demonstration im Juni eingegriffen. Wir werden versuchen die Kraft, die in diesem Aktionskomitee steckt zu verstärken, die Organisation zwischen den Krankenhäusern zu verbessern. Wir werden selbstverständlich nicht darauf verzichten auch den Kampf um die Gewerkschaft zu führen. Wir werden um Funktionen in der ÖTV kämpfen und dort unsere Position einbringen, unter anderem bei den nächsten Vertrauensleute- und Bezirksdele-

giertenwahlen. Es müssen auch einige Funktionen gewechselt werden, wieder eine vernünftige gegen Stellen- und Bettenbau durchgeführt werden kann.



Volker Gernhard



Beschäftigte und Patienten haben das gleiche Interesse, sich gegen die weitere Privatisierung des Gesundheitswesens zu wehren.

# Keinen Fußbreit den Nazis

## Kein Nazibunker in Rostock

Die DVU will hier im hohen Norden eine bundesweite Schulungs- und Begegnungsstätte errichten. Faschos sollen dort politisch und militärisch ausgebildet werden. So werden wir also demnächst Nazis mit Nahkampfausbildung haben. Super! 3 Millionen DM soll das Zentrum kosten, aber die DVU hat's ja.

fast täglich mit Unterschriftenlisten und Flugblättern auf der Straße und haben das Thema über Leserbriefe und Protesterklärunen in die Presse gebracht. Die Reaktionen sind meist sehr positiv und motivierend. So verlief eine Protestaktion vor dem Rostocker Rathaus, wo wir 1093 (!) Unterschriften an die Bürgerschaft übergeben haben, sehr erfolgreich. Natürlich ist auch Plakatieren in Stadtteilen, wo viele Jugendliche wohnen, angesagt.

Hauptfrage von den meisten Leuten ist jedoch, wie sie dagegen vorgehen sollen, „da die DVU ja nun mal eine zugelassene Partei ist“. Mit Demonstrationen und Protestaktionen kann man der DVU aber sehr wohl auch erfolgreich deutlich machen, daß sie vollkommen unerwünscht ist.

**Achtung! Augen auf!**  
Bisher ist die bundesweite NPD-Kundgebung am 19. September 99 in Rostock noch verboten, dies kann sich aber noch ändern.  
Dann nichts wie hin!  
Infos unter: (0381) 4996590

Die Rostocker Bürgerschaft wußte schon zwei Monate vor Bekanntwerden des Nazi-Bunkers Bescheid. Jedoch hat sie bis heute nichts unternommen. Anders hätten wir es auch gar nicht erwartet. Traurig ist aber das Verhalten der PDS-Fraktion. Als linke und sozialistische Partei hätte sie sofort Alarm schlagen müssen. Aber Fehlanzeige! So hat JRE die Sache dann selbst in die Hand genommen. Wir stehen seit nunmehr drei Monaten



Bericht über JRE in der „Ostsee-Zeitung“

Tini, JRE-Rostock

## Keine Rechten ins Parlament!

Bei den Landtagswahlen in diesem Jahr werden rechte Parteien wie NPD, DVU und REPs wieder versuchen, einen Fuß in die Parlamente zu bekommen. In einigen Östern und Städten in Ostdeutschland hängen während der Wahlen nur DVU-Plakate. Ankommende Autofahrer, die mit Sieg-Heil-Rufen „begrußt“ werden gehören zum Alltag. Eine kämpferische linke Alternative könnte die Lügner entlarven und diesem Treiben Einhalt gebieten. Doch die PDS scheint die Gefahr von rechts zu ignorieren.

Alexandra, Berlin

Die DVU hat in Berlin 630 Mitglieder und durch die Immobiliengeschäfte des DVU-Chefs und Multimillionärs Dr. Gerhard Frey auch eine gute Einnahmequelle. Für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Oktober treten nach einer Wahlabsprache REPs nur in Berlin und DVU nur in Brandenburg an. Das Wählerpotential liegt nach einer Forsa-Umfrage bei 5-8 Prozent. Damit hätten die Republikaner in Berlin eine reale Chance, im Abgeordnetenhaus und in den Bezirksverordnetenversammlungen Sitze zu bekommen.

Unter dem Motto „Keine Rechten ins Parlament“ führt Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) eine Kampagne in Berlin durch. Im Vorfeld wurde auch ein neues JRE-Programm erstellt, das die Ursachen für die soziale Krise und für Faschismus aufzeigt. Durch das Überleben von Plakaten, Verhinderung von

Infotischen, Blockaden und Protestaktionen wird der Wahlkampf der rechten Parteien empfindlich gestört werden. Besonders in rechtsdominierten Stadtteilen gibt es eine hohe Polarisierung unter Jugendlichen. Sie sind schnell bereit aktiv zu werden. Im letzten Jahr zur Bundestagswahl konnte die SAV gemeinsam mit JRElerInnen durch einige Aktionen Republikaner samt ihrer Infotische vertreiben und durch Kundgebungen die feigen Überfälle von Nazis auf linke AktivistInnen, eine 15jährige und einen Rollstuhlfahrer, an die Öffentlichkeit tragen. Jedesmal unterstützten AnwohnerInnen und PassantInnen die Aktionen.

## NPD stoppen!

In Sachsen hat die NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) ebenso wie deren Jugendorganisation JN (Junge Nationaldemokraten) die stärksten Landesverbände. So stützt sich die NPD auf 1000 Mitglieder, eine Zahl mit der sie die Größe der Grünen in diesem Bundesland erreicht hat. Ein Einzug in den sächsischen Landtag bei der bevorstehenden Wahl am 19. September ist möglich. Damit ständen wir vor folgender Situation: zum einen würde die NPD den Landtag zum Podium für ihre schäbige nazistische Propaganda machen, zum anderen würden sie vom Staat erhebliche finanzielle Mittel erhalten. Deshalb will die SAV Dresden den Nazis im Wahlkampf entschlossen entgegen-

treten. Wir haben die Initiative für einen offenen Antifasch-Treff ergriffen. Zusammen mit anderen Organisationen planen wir neben der gezielten Behinderung von Nazi-Infoständen eine Demonstration. Die Abschlußkundgebung wird in Gorbitz, einem Plattenbauviertel, in dem die Nazis verstärkt auftreten, stattfinden. Die Faschisten haben keine Alternative anzubieten, letztlich helfen sie den Bossen, indem sie den Kampf spalten und durch Terror Ausländer, Schwule, Linke und Gewerkschafter einschüchtern.

Steve, Dresden

Antifaschistische Demo  
Dresden, 11. 9., 11.00 Uhr,  
Ecke Kesselsdorfer Straße /  
Tharandter Straße



Bei der NPD-Demo gegen die Wehrmachtausstellung am 22. Mai in Köln konnten ca. 5.000 Gegendemonstranten den Marsch der knapp 150 Nazis verhindern. Unverrichteter Dinge, mit Tomaten und Eiern beschmiert mußte der „nationale Widerstand“ die Rückfahrt antreten. Am 3. Oktober ist der nächste Aufmarsch in Köln geplant. Sorgen wir dafür, daß es für sie die nächste Blamage wird!

## Bildung für die Bourgeoisie Pauken für's Proletariat

Neben der rassistischen Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft war Bildungspolitik der Hauptthema des letzten CDU-Landtagswahlkampfes in Hessen. Pünktlich zu Beginn der Sommerferien rückten die Christdemokraten denn auch mit einem Papier namens „Hessens Zukunft entschlossen gestalten“ heraus.

So will man dem wöchentlichen Ausfall von 100 000 Unterrichtsstunden mit mehr Vertretungslehrern, „freiwilligen“ Überstunden sowie zeitlich flexiblen Angeboten für beurlaubte Lehrer begegnen. Das heißt im Klartext: Neueinstellung von Lehrern möglichst vermeiden. Personalintensive Sonderprogramme sollen abgeschafft werden. Also weiterhin alter Stoff aus alten Büchern in alten Schulen von alten Lehrern: „Hessens Zukunft“.

### Bedürfnisse der Wirtschaft

Gleichzeitig will die CDU aber auch den Wünschen der Wirtschaft entsprechen, die Hinweise für den „Marktwert“ der Schulabgänger benötigt. Landesweit einheitliche Tests in bestimmten Jahrgangsstufen festgelegte Lehrpläne

und Standards, die die Ziele des Unterrichts bestimmensollen eingeführt werden. Damit ist jeglicher Freiraum zur Unterrichtsgestaltung genommen.

### Elitenbildung statt gute Bildung für alle

Auf der anderen Seite braucht die Wirtschaft aber nur eine kleine Anzahl hochqualifizierter Kräfte. Das bedeutet, daß eine kleine, „Elite“ und ein großer, anspruchsloser Rest geschaffen werden soll: Bildung für die Bourgeoisie, Pauken fürs Proletariat. Damit nicht zu viele Leute anfangen vom Aufstieg zu träumen, hat sich die CDU einige Hürden ausgedacht. Die Versetzungskriterien insbesondere für die Klassen 4 bis 6 sollen verschärft werden – damit schon zehnjährige Kinder den Stempel „zukünftig arbeitslos“ bekommen können. Bis spätestens zum Ende der Klasse 5 soll die Schulform fest stehen. Den Realschulen sollen besondere Profile, zum Beispiel naturwissenschaftlich, verpaßt werden, damit man in der 5. Klasse schon weiß, was man mal sein Leben lang machen würde, wenn es Jobs gäbe. Für Gesamt- und Hauptschulen sollen zusätzliche Prüfungen eingeführt werden. Im gymnasialen Zweig hängt uns die hessische CDU schon seit Jah-

ren mit dem Zentralabitur in den Ohren - mit dem Verweis auf Bayern, wo nur 17 Prozent der Schüler Abitur machen, statt 27 Prozent in Hessen. Falls es wider Erwarten doch zu viele ins Gymnasium schaffen sollten - kein Problem für die CDU: Mit achtjährigen Zügen soll es für die „Besten“ möglich sein, ihr Abitur schon in 12 Jahren zu machen. Der Effekt: In Zukunft wird bei Einstellungsgesprächen gefragt, ob man denn auch das „gute Abitur“ habe.

### Sponsoring

Desweiteren ist überall im Papier von Sponsoring und freien Trägerschaften die Rede. Einflußnahme der Wirtschaft auf die Lehrpläne wird es damit automatisch geben, Werbeflächen an Schulen, wie in Amerika sind auch nur eine Frage der Zeit. Und daß gesponsorte Schulen nie in Bezirken stehen, wo viele Arbeiter wohnen, sollte auch jedem klar sein - wir müssen Chemie dann eben ohne Versuche verstehen.

Gleich nach Schulbeginn ist Druck machen angesagt. Verteidigen wir die Errungenschaften, die in den letzten Jahrzehnten erkämpft wurden, gegen den Willen der Bosse.

David, Kassel

## Nenn mich nicht Hure!

Sexistische Sprüche sind an Schulen in Schweden verstärkt zu hören. 48 Prozent der Schülerinnen fühlen sich während der Schulzeit sexuell belästigt. 57 Prozent der Mädchen in der 9. Klasse meinen, sie seien zu fett. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage, die wir selbst an einigen Schulen organisiert haben.

Daraufhin startete Elevkampanjen Anfang des Jahres eine Kampagne unter dem Namen „Nenn mich nicht Hure“. Wir verbanden Aufklärung zu dem Thema mit direkten Aktionen. Da Sexismus an Schulen in

der Form in Schweden ein neues Problem ist und das Bewußtsein in der Bevölkerung für Gleichberechtigung recht hoch ist, führte unsere Kampagne zu größerem Aufsehen. Sie war gegen sexistische Annahme, sowie auch gegen das Frauenbild im Kapitalismus gerichtet.

Neben kleineren Protestaktionen, wie zum Beispiel gegen die sexistische Aufmachung eines Mädchenmagazins, organisierten wir Demonstrationen und Blockaden vor den Eingängen von Pornoshops und Striptease-Bars. Am interna-

### Unser Programm

- ★ Kampf gegen sexuelle Unterdrückung an Schulen
- ★ Selbstverteidigung für Frauen im Sportunterricht
- ★ Geld zurück zu den Schulen
- ★ Wiedereinstellung der entlassenen LehrerInnen
- ★ Hände weg von unseren Körpern. Kampf gegen sexistische Werbung und sexistische Gewalt. Stoppt die Porno-industrie
- ★ Vernünftige Jobs mit Löhnen zum Leben für alle
- ★ Kampf gegen die frauenunterdrückende, kapitalistische Gesellschaft

### Elevkampanjen

Elevkampanjen (Schülerkampagne) ist eine Jugendorganisation, die sich hauptsächlich mit Problemen an Schulen beschäftigt, aber auch eine lange Tradition in der antirassistischen Bewegung hat und international Jugend gegen Rassismus in Europa angeschlossen ist.

ationalen Frauentag, dem 8. März, konnten wir in einer Schule einen Frauentag mit Veranstaltungen und verschiedenen Arbeitskreisen zu dem Thema gestalten, an denen 700 Schüler und Schülerinnen teilnahmen.

Nationale und lokale Zeitungen berichteten über diese Kampagne, wir konnten Interviews im TV und in der Boulevardpresse geben. Noch nie zuvor hat eine Kampagne, die von Marxisten geführt wurde, eine solche Medienresonanz bekommen. Seit Januar sind 200 hauptsächlich junge Frauen Elevkampanjen, knapp 30 unserer Partei beigetreten.

Die Position von Frauen soll in schlechten Zeiten im Kapitalismus zurückgedreht werden. Es ist aber nicht zu übersehen, daß es eine enorme Radikalisierung von jungen Frauen zwischen 13 und 17 Jahren gegen diese Entwicklung gibt.

Sarah, Stockholm

Mitglied von Elevkampanjen und Rättvisepartiet Socialisterna (Gerechtigkeitspartei - die Sozialisten), der Schwesterpartei der SAV in Schweden

# Geschichte der DDR – Teil I:

# Stalinismus verhindert

**Konservative und Sozialdemokraten, Konzernchefs und Journalisten - alle sind sich einig: Sozialismus sei undemokratisch und ineffektiv. Und dann gibt es auf der anderen Seite Linke, die sagen, der DDR-Sozialismus war halt ein Versuch, der leider am Menschen scheiterte.**

**René Henze, Rostock**

Beides ist unwahr: In der DDR herrschte keinen einzigen Tag Sozialismus!

Es ist zwar richtig, daß im Osten keine Aktionäre, Banken und Konzerne die Gesellschaft bestimmten. Der Kapitalismus wurde nach 1945 beseitigt, Kapital und Großgrundbesitz enteignet, die Wirtschaft verstaatlicht und zentral geplant. Doch das allein macht noch keinen Sozialismus aus. Rosa Luxemburg sagte: „Sozialismus ist, wenn das Volk aufhört eine regierte Masse zu sein.“ Und genau da lag im Osten der Hase im Pfeffer! Über das „Volkseigentum“ bestimmte nicht das Volk, sondern das Politbüro der SED.

Ob in Wirtschaftsfragen, oder bei Kultur und Wissenschaft - überall bestimmte die SED-Führung was zu sein hat und was nicht. Das einzige „demokratische Recht“, was der Bevölkerung in der DDR zugestanden wurde, waren die „Neuerervorschläge“ in den Betrieben und alle vier Jahre bei Scheinwahlen ein Kreuzchen zu machen. Unter den Arbeitern in der DDR kursierte ein Sprichwort: Erstens: Die Partei hat immer recht! Zweitens: wenn das mal nicht zutrifft, dann tritt automatisch 'Erstens' in Kraft! In der Schule und in den Medien hieß es immer, wie gut die Wirtschaft läuft und wie der Wirtschaftsplan schon wieder um 120 Prozent übererfüllt wurde. Doch in der Kaufhalle gab es keine Nudeln, nach den geliebten Karo-Zigarretten mußtest Du zig Läden abklappern, oder die Qualität der Waren ließ zu wünschen übrig.

Dieser Widerspruch lag nicht an der geplanten Wirtschaftsform, sondern am bürokratischen Mißmanagement darüber.

## Entstehung der DDR

Wie konnte es zu einem solch bürokratischen System in der DDR kommen? Nach dem Sieg der Roten Armee über den Hitler-Faschismus 1945, drückte die Stalin-Bürokratie der Sowjetisch besetzten Zone (der späteren DDR) das sowjetische bürokratische System auf. Dort waren die Arbeiter und Jugendlichen, die 1917 eine Arbeiterrevolution machten, ab Mitte der 20er Jahre von Stalin und der sich entwickelnden Bürokratie entmündigt worden und von den gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen ausgeschlossen. Daß es dazu kommen konnte lag daran, daß die junge Sowjetunion sehr arm und rückständig war und international isoliert blieb weil revolutionäre Bewegungen in anderen Ländern scheiterten. Nachdem die Stalin-Bürokratie einmal zur Macht gelangt war, lag es in ihrem ureigenen Interesse, eine sozialistische Revolution in irgendeinem anderen Land zu verhindern. Der krasse Unterschied zwischen echtem Sozialismus und dem vermeintlichen Sozialismus a la Stalin hätte die Macht der Bürokratie unmittelbar bedroht.

## Sozialismus unterdrückt

Ursprünglich träumte Stalin deshalb 1945 noch davon, ein neutrales kapitalistisches Deutschland als einen Pufferstaat zwischen sich und dem West-

der Weg, Deutschland das Sowjetregime aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland... Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben...“: Als „dringendste und unmittelbarste Aufgaben auf dem Wege“ dahin heißt es in dem Aufruf: „Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums...“ (Quelle: Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung*, Deutsche Geschichte 1945-55, Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 193, Bonn 1984, 3. Auflage)

Diese offen pro-kapitalistische Haltung stieß nicht nur in den Reihen der KPD auf Widerspruch. In der Arbeiterklasse gab es eine breite Stimmung für eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft. Die SPD stand programmatisch links von der KPD und selbst die CDU gab sich in Worten sozialistischer als die Kommunisten. In ihren „Kölner Leitsätzen“ von 1945 verkündet sie: „Die Vorherrschaft des Großkapitals, der privaten Monopole und Konzerne wird gebrochen...“ (Quelle: ebd.)

Im Jahre 1945 hatten Stalin und die Moskauer Führung also noch nicht das Ziel, einen Satellitenstaat nach sowjetischem Vorbild im Osten Deutschlands zu schaffen.

Doch nicht immer gehen Wünsche von Diktatoren in Erfüllung.

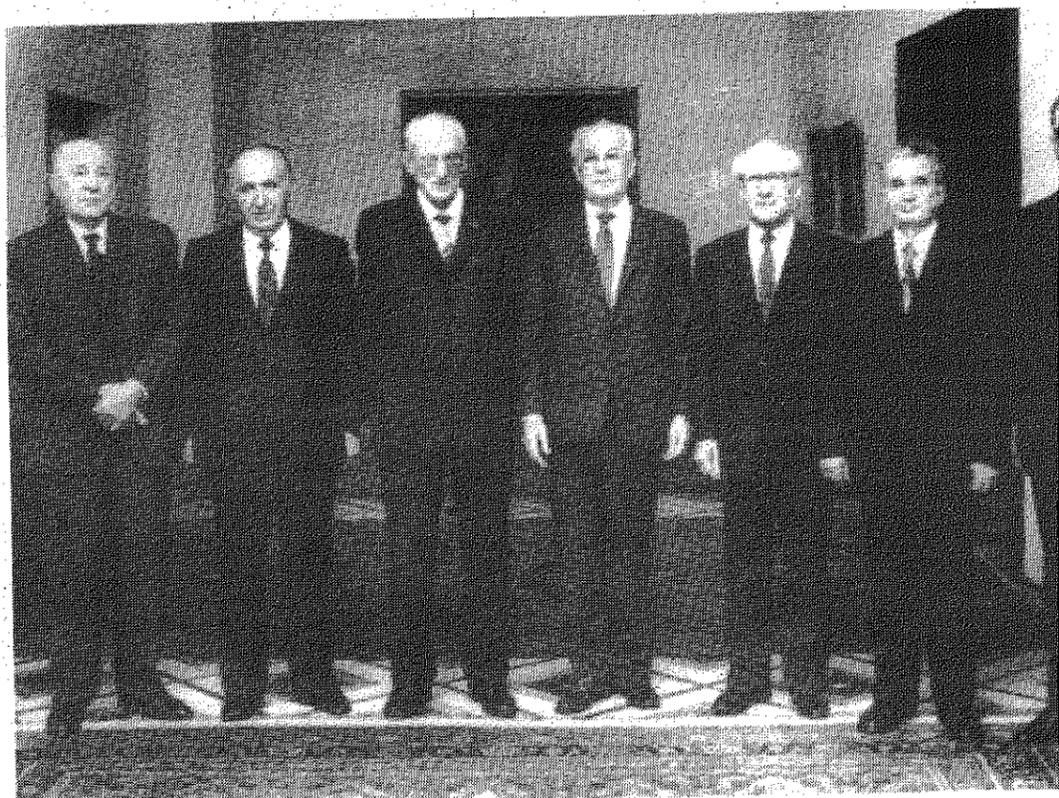
Unmittelbar nach dem Krieg hatten die deutschen Kapitalisten nichts zu sagen. Die Wirtschaftsbosse hatten mit den Nazis nicht nur gemeinsame Sache gemacht, sondern es war allgemein bekannt, daß sie die eigentlichen Hintermänner Hitlers waren.

## Antifa-Komitees

In den landauf, landab entstandenen Antifa-Komitees und in der wiedererstehenden Arbeiterbewegung war der Ruf nach Enteignung und Verstaatlichung der Wirtschaft der Kriegsgewinnler und Nazis unüberhörbar.

Ein Bericht des US-Geheimdienstes vom 30. Juni 1945 gibt darüber penibel Auskunft: „Ein Kennzeichen, der als Massenorganisation gebildeten antifaschistischen Gruppierungen ist ... der Wunsch derjenigen sozialen Gruppen, die in den letzten 12 Jahren keine Möglichkeit hatten, ihr Leben selbst zu gestalten, beim Aufbau Deutschlands Einfluß zu gewinnen. ... Diese Organisationen entspringen der Überzeugung, daß der Nationalsozialismus aus jedem Lebensbereich in Deutschland getilgt werden müsse. Diese Überzeugung wird nicht nur als ideologisches Prinzip vertreten, das für ein neues demokratisches Deutschland nötig sei, sondern auch als ein realistisches Konzept, das eine grundlegende Machtverschiebung vorsieht; d. h., die Gruppen, die den Nationalsozialismus hervorgebracht hätten und ihn zwangsläufig hervorbringen müßten, sollten die Macht an die Gruppen abtreten, die von ihm unterdrückt worden seien... Die Mehrheit dieser Organisationen wurde folglich aus Widerstandszellen der Nazi-Periode gebildet, d. h. von denjenigen, die von Anfang an auf den Umsturz der Nazis und ihrer wirtschaftlichen und sozialen Trägerschichten abzielten...“ (Quelle: ebd.)

Im Gegensatz zu dem, was uns heute immer in der Schule erzählt wird, nämlich, daß das gesamte deutsche Volk Hitler an die Macht gebracht habe ist es für den US-Geheimdienst



Ihre bürokratische Herrschaft bereitete ihren eigenen Untergang vor. Die obersten Repräsentanten des Staates auf einem Gipfeltreffen im Jahre 1983, v. l. n. r. Janos Kadar (Ungarn), Todor Schifkoff (Bulgarien), Juri Andropow (UdSSR), Gustav Husak (CSSR), Erich Honecker (DDR) Nicolae Ceausescu (Rumänien) und Wojciech Jaruzelski (Polen)

teil der Führer dieser Organisationen stellt...“ (Quelle: ebd.)

Überall tauchte in der Arbeiterschaft die Forderung nach „Sozialisierung“ der großen Industrie und des Großgrundbesitzes auf.

Trotzdem die Politik Stalins und der KPD-Führung kapitalistisch orientiert ist, muß die Bürokratie in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) Schritte in Richtung Verstaatlichung und Planwirtschaft unternehmen. Teils weil die Basis von KPD und SPD sozialistische Maßnahmen erwartete und forderte, teils weil die Kapitalisten schon beim Anrücken der Roten Armee aus der Ostzone geflüchtet waren.

## Bodenreform im September 45

Ein wichtiger Schritt in Richtung einer tiefgreifenden Umgestaltung der Gesellschaft im Osten Deutschlands, stellte die Bodenreform dar. Durch Jahrhunderte waren die Großgrundbesitzer die Träger der Reaktion. Aus ihren Reihen stammten zahlreiche hohe Offiziere, Beamte, Minister und Höflinge. Sie waren Feinde jeder freiheitlichen Entwicklung in Deutschland. Es ist kein Zufall, daß in Mecklenburg schon 1932 die Nazis die Macht ergriffen.

Die Enteignung dieser Schicht und die Verteilung des Bodens an die Landlosen und Flüchtlinge veränderte die politischen Verhältnisse drastisch in den ländlichen Regionen der sowjetisch besetzten Zone und brachte der KPD Zulauf. Der nächste Schritt in Richtung Umgestaltung der Gesellschaft, war die „Industriereform“ Ende Oktober 45 bis 1946. Im Juni 46 gab es in Sachsen einen Volksentscheid über die Überführung von Betrieben der Nazi- und Kriegsverbrecher. 93,7 Prozent der Wahlberechtigten beteiligten sich daran. Für die Enteignung stimmten 77,6 Prozent, dagegen 16,5 Prozent. Bis 1948 wurde so in ganz Ostdeutschland die Mehrzahl der Betriebe verstaatlicht.

Die Stalinisten der KPD trübten dieser, von den Verhältnissen diktierten realen Politik hinterher und sprachen seit Januar 1946 nicht mehr vom „freien Unternehmertum“ sondern von einer geplanten Wirtschaft.

Deutschland geflogen. Unter ihnen der zukünftige DDR-Regierungschef Walter Ulbricht. Gemäß der Linie Moskaus unternimmt diese Funktionsclique alles, um in den wieder entstehenden Arbeiterorganisationen und in den Antifa-Gruppen die Diskussionen und Handlungen auf bürgerliche, also kapitalistische Verhältnisse zu beschränken. Da, wo Arbeiter weitergehen und den Kapitalismus beenden wollen, greifen die Funktionäre mäßigend ein. Der US-Geheimdienst nimmt die Rolle der Stalinisten wohlwollend zur Kenntnis: „Die Kommunisten haben ... in der Mehrheit der Gruppen die Führung übernommen.“ ... „Trotz allem haben die antifaschistischen Organisationen ihre Anhänger zurückgehalten und nicht aufgewiegelt. Es gab sogar Beschwerden der Anhänger gegen die Führung wegen ihrer 'weichen' Politik ... in vielen Fällen verhielten sich die Organisationen verantwortungsbewußt und waren ein Kanal, der die Emotionen abfließen ließ, die anderenfalls zu gewalttätigen Volksaufläufen geführt hätten.“ (Quelle: ebd.)

## Gründung der SED

Diese „weiche“ Politik führt natürlich zu Unmut unter den Arbeitern. Die SPD wächst schneller als die KPD. Sie ist in Worten klar für Sozialismus und die Zerstörung des Kapitalismus. In ihrem Aufruf des Zentralkomitees der SPD zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands vom 15. Juni 45 fordern sie: „Der politische Weg des deutschen Volkes in eine bessere Zukunft ist damit klar vorgezeichnet: Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft!“

„Verstaatlichung der Banken, Versicherungsunternehmen und der Bodenschätze. Verstaatlichung der Bergwerke und der Energiewirtschaft. Erfassung des Großgrundbesitzes und der lebensfähigen Großindustrie und aller Kriegsgewinne für die Zwecke des Wiederaufbaus. Beseitigung des arbeitslosen Einkommens aus Grund und Boden und Mietshäusern...“ (Quelle: ebd.)

richtenden Bürokratie von Gnaden.

Den Stalinisten begannen in der zweiten Hälfte des Jahres 45 aber sicher die Felle wegmen. Es galt, die Kontrolle zu behalten und sie über die bekommen. Ohne die Unterstützung der Roten Armee hätten die Funktionäre um Ulbricht nicht Arbeiter erheben können, wenn bürokratische Tricks nicht halfen und kritischen Stimmen laut wurden, hatten noch die Möglichkeit der „Kommandantura“. Als noch im November 45 die Österreicher und Ungarn für die Stalinisten zum Desaster wurden, dachten die Stalinisten ihre das Heft wieder in die Hand zu nehmen, begannen sie ab Ende 45 eine Kampagne zur Vereinigung von KPD und SPD in der Ostzone.

Geschick und zynisch Ulbricht und Co. den Wunsch der Arbeiter nach Arbeiterorganisationen. Es waren maligen Tagen als Allgermanen, daß Hitler und seine Nachkommen durchkam, weil die Arbeiter vor 33 gespalten waren. Die Stalinisten brachten das Thema in die Tagesordnung. Und was stand seitens der Sozialdemokraten, da half die „Kommunisten schon mal mit Redebeiträgen“ androhung nach.

Im April 1946 war es das Am 20. und 21. April vereinigten im Ostteil Deutschlands die KPD zur SED. Die Stalinisten so im Osten die alte Bewegung unter ihre Kontrolle ihren Machtapparat aufzubauen. 1949 wird die DDR gegründet. Während im Westen Deutschland mit Hilfe der amerikanischen und französischen Administration die Krupps, Thyssen, Farben, Deutsche Bank und Kapitalismus unter dem Nationalen Marktwirtschaft wieder geht der Osten Deutschland Weg eines stalinistischen Staates von Moskaus Gnade.

# Sozialismus

...asse und die Bürokratie.  
**Die Bürokratie in Partei, Staat und Massenorganisationen hat sich nicht nur die allgemeine politische Macht angeeignet, sondern besitzt obendrein noch erhebliche materielle Privilegien, von denen die einfachen Arbeiter nur träumen können. (Gehälter, die ein vielfaches des durchschnittlichen Facharbeiterlohnes betragen, Villen in abgesperrten Wohngebieten, Spezialläden, Spezialkliniken u. v. m.) Die Existenz dieser schmarotzerischen Schicht, die auf Kosten der Arbeiterklasse lebt, ist ein Hindernis auf dem Weg in den Sozialismus.**

Aus VORAN Nr. 29, Mai 1978

stützt - doch das bürokratische Regime weniger. Im Jahre 1950 werden z.B. 150.000 aus der SED wegen „sozialdemokratischer“ oder „trotzkistischer“ „Abweichung“ ausgeschlossen. Im März 1953 stirbt der Diktator Stalin, in der Arbeiterschaft und an der Basis der SED keimt Hoffnung zu einem „menschlichen“ Sozialismus. Gleichzeitig demontieren russische Behörden Industriebetriebe und Wirtschaftsgüter, um sich für die Kosten des 2. Weltkriegs zu entschädigen und die SED-Spitze machte einen wirtschaftspolitischen Schwenk zum Handwerk und Mittelstand. Sie werden plötzlich gefördert. Ende Mai beschließt die SED-Spitze eine 10prozentige Normerhöhung in den Betrieben.

blieben kümmerlich im Vergleich zu dem, was bei demokratischer Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft möglich gewesen wäre.  
 Die Teilung Deutschlands erhielt mit dem Bau der Mauer ihren Abschluß. Die Arbeiterklasse im Osten war von nun an auch räumlich gefangen. Ausschlaggebend waren die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die zu innenpolitischen Spannungen und zu einem verstärkten Abwandern der Facharbeiter in den Westen führten.

### Hindernis Bürokratie

Bis Ende der 60er Jahre, geht das bürokratische Wirtschaften „gut“. Doch ab den 70ern ist es mit den Erfolgen der bürokratischen Planwirtschaft zu Ende. Solange es voran ging, machte sich die bremsende Wirkung der bürokratischen Leitung und Planung nur relativ bemerkbar. Doch nachdem der Aufbau der Schwerindustrie abgeschlossen war und die Konsumgüterproduktion in den Vordergrund trat, wurde das Hindernis der Bürokratie immer offensichtlicher. Es zeigte sich die Unmöglichkeit, eine moderne Gesellschaft von Oben zu dirigieren. Ohne die aktive, demokratische Beteiligung des Einzelnen kann komplexes Wirtschaft nicht funktionieren. Freie Meinungsäußerung und Kritik zu unterdrücken ist, als ob man in einer Klimaanlage die Temperaturregler ausbauen würde.

Ein Beispiel für die fatale Wirkung bürokratischer Herrschaft war die Zahlen-Fälscherei. In der DDR war es gang und gäbe, Bilanzen zu frisieren. Der Abteilungsleiter schönte seinen Bericht für den Betriebsleiter, der wiederum legte dem Bezirkssekretär der Partei einen guten Bericht vor und der meldete nach Berlin die Übererfüllung des Plans. Für manche Leser im Westen hört sich das absurd an, (war es ja eigentlich auch), doch in der DDR gab es dahinter einen Sinn. Denn wenn der untere Bürokrat dem Oberen schlechte Nachrichten gebracht hätte, dann hätte es nicht nur unangenehme Fragen gegeben, sondern das hätte auch den Posten kosten können. Und dann wäre das angenehme Leben, das höhere Gehalt, die Privilegien und die Macht von einem Tag auf den anderen futsch gewesen. Es ist kein Zufall, daß die DDR sich immer mit dem Schriftsteller Kafka und seiner Schilderungen über Bürokraten sehr schwer tat. Für eine eng vernetzte Wirtschaft sind beispielsweise auch der ungehinderte Austausch von Informationen unabdingbar. In der DDR war schon der unkontrollierte Einsatz von Kopierern ausgeschlossen - aus Angst, darauf könnte ja auch regime-kritische Flugblätter vervielfältigt werden.

### Zick-Zacks der Bürokratie

Die Staats- und Parteibürokratie bemerkte natürlich auch, daß die Wirtschaft nicht lief. Doch welchen Ausweg suchte sie?

Sie machen einen Schwenk zu mehr marktwirtschaftlichen Elementen in der Wirtschaft. Plötzlich werden gegen Ende der 60er kleine Händler zugelassen und die Entspannung zum Westen gesucht.

Doch nach einer kurzen Zeit stellen die SED-Obernen erschrocken fest: die Wirtschaft ist noch ungleichmäßiger gewachsen. Während der staatliche Sektor stagniert, verdienen sich die Privaten eine goldene Nase. Gegen DM ist alles zu haben. Doch das führt auch dazu, daß eine Schicht von Neureichen entsteht, die nun die SED-Herrschaft in Frage stellen. Einige Kneipen- oder Handwerksbesitzer verdienen soviel Geld, daß sie vor Ort mächtiger werden als die SED-Partei-

nicht das Geld, um sich beim Privaten alles leisten zu können.

In schöner Regelmäßigkeit schwenkt die herrschende Bürokratie. So werden wieder die Privaten verdammt und völlig an den Haaren herbeigezogene Schauprozesse wegen „Wirtschaftssabotage“ o.ä. inszeniert. Meistens kostete das nicht nur den Kopf des Handwerksmeisters, sondern auch den des verantwortlichen Parteifunktionärs. Ende der 60er fällt Ulbricht deswegen in Moskau in Ungnade. Der farblose aber streng linientreue Erich Honnecker wird von der Moskauer Bürokratie favorisiert und 1971 eingesetzt.

Mitte/Ende der 70er ging das Wirtschaftswachstum im Osten gegen Null. In den 80er dann kam es sogar zu einem Schrumpfen. Immer

schlechter wurde die Versorgungslage. Mal gab es keine Nudeln, mal keine Zahnbürsten...

Je schlechter die Lage wurde, desto größer auch die Unzufriedenheit. Und um so hektischer wurde die Staatssicherheit.

Eigentlich sollte nach Marx und Engels der Staatsapparat im Sozialismus absterben, da niemand mehr zu unterdrücken sei - doch im Stalinismus mußte sich die herrschende Elite mehr und mehr verbarrikadieren.

Deshalb gab es auch ein Anwachsen des Stasi.

Am Ende erstickten Wirtschaft und Gesellschaft der DDR (und Osteuropas) in der Zwangsjacke der Bürokratie.

Der Niedergang der DDR ist also nicht der Beweis für die Unmöglichkeit einer geplanten, nicht-profitorientierten Wirtschaft, sondern der Beweis, daß es Sozialismus ohne vollständige Demokratie nicht geben kann.

### Rücktritt der Regierung gefordert

Als am Morgen des 16. Juni in der DDR-Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ ein Loblied auf die Normerhöhung gesungen wird, platzt den Bauarbeitern in der Stalinallee der Kragen. 10.000 Arbeiter schmeißen die Kelle hin und ziehen zur Regierung. Die SED macht zwar schnell einen Rückzieher - doch schnell gehen die Forderungen der Arbeiter weiter. Der Rücktritt der Regierung wird gefordert und demokratische Rechte. Am nächsten Tag, am 17. Juni, wächst der Protest sogar noch an. In fast allen Industriestädten kommt es zu Streiks und Demonstrationen. In 6 Bezirkshauptstädten, 22 Kreishauptstädten und 105 kleineren Städten kommt es sogar zu Aufständen.

Heute wird uns immer erzählt, am 17. Juni wollten die Ostdeutschen die Marktwirtschaft. Das ist Quatsch! Im Gegenteil, immer wieder kam die Forderung auf: in Pankow den „Spitzbart“ (Ulbricht) und in Bonn den Adenauer rauszuschmeißen. Der Westen hielt überhaupt nichts von diesem Aufstand. Im Gegenteil: der Westberliner Sender RIAS wird von Oben angewiesen, die Forderung der ostdeutschen Bauarbeiter nach einem Gesamtdeutschen Generalstreik nicht über den Sender zu bringen. Und Adenauer rief im Bundestag den Arbeitern im Osten zu: „Wir hoffen, daß sie sich nicht durch Provokationen zu unbedachten Handlungen hinreißen lassen, die ihr Leben und die Freiheit gefährden können.“ An der Basis der SED, vor allem von alten Sozialdemokraten und Kommunisten, gibt es große aktive Unterstützung der Arbeiter. Doch die Stalinisten lassen sich nicht so einfach ihre Macht und Privilegien nehmen - die Rote Armee schlägt mit Panzern den Aufstand nieder.

### Säuberungen

Nach diesem Aufstand säubern die Stalinisten das Land. Über 1300 Arbeiter werden eingekerkert. Und fast ein Drittel der alten Kommunisten und Sozialdemokraten werden aus der SED ausgeschlossen. Selbst aus der obersten Spitze der Bürokratie, aus dem Politbüro, werden zwei ausgeschlossen. Die SED entledigt sich der letzten Reste einer Arbeiterpartei, sie wird nun vollends zum organisatorischen und politischen Zentrum der Bürokratie.

Von diesem Schlag erholen sich die ostdeutschen Arbeiter nicht mehr. Sie ziehen sich in die „Nischengesellschaft“ DDR zurück.

Ab den 50ern greifen die Erfolge der Planwirtschaft. Sie bringen ein Anwachsen des Lebensstandards und somit Ruhe mit sich. Wenn auch unter erhöhtem Aufwand und erhöhter Ineffizienz durch bürokratische Lei-

## Das Buch zur DDR 89 Die gescheiterte Revolution

Oft bekommen wir zu hören: „In Deutschland wird es nie zu einer Revolution kommen. In Frankreich mögen die ArbeiterInnen dazu fähig sein, aber nicht in Deutschland.“ Dabei ist es nur zehn Jahre her, daß auf deutschem Boden ein revolutionärer Prozeß stattgefunden hat. Der Sturz der SED-Bürokratie wurde durch eine revolutionäre Massenbewegung von unten erreicht.

Noch im Sommer 1989 versuchten 10.000e DDR-BürgerInnen, über Ungarn in den Westen zu gelangen. Doch auf der Leipziger Montagsdemonstration am 25. September wurde die Losung „Wir wollen raus!“ durch der Parole „Wir bleiben hier!“ ersetzt. Die Forderungen der Bewegung im Herbst 89 richteten sich nach Reisefreiheit, Meinungsfreiheit und einem Ende der SED-Privilegien. Nicht die Planwirtschaft, sondern die diktatorischen Herrschaftsmethoden wurden in Frage gestellt.

Als am 4. November in Ost-Berlin eine Million Menschen auf die Straße gingen, waren kaum prokapitalistische Transparente zu sehen. Unter tosendem Beifall erklärte Christa Wolf damals: „Stell Dir vor, es ist Sozialismus und keiner geht weg!“ Diese revolutionäre Bewegung kam für alle vollkommen überraschend. Am 14. 8. 89 konnte Erich Honecker in einer Rede noch erklären: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf“ (natürlich war das DDR-System, durch und durch stalinistisch, nur eine grausame Karikatur auf den Sozialismus). Wie war es möglich, daß ein Regime, das im Sommer '89 noch fest im Sattel zu sitzen schien in wenigen Wochen aus den Angeln gehoben werden konnte? Wie ging der revolutionäre Massenaufschwung vonstatten? Was waren die Forderungen? Welche politischen Gruppen und Organisationen waren aktiv? All diesen Fragen gehen wir in unserem Buch „Die gescheiterte Revolution“ nach.

Wir zeigen auch auf, warum die Revolution entgleist ist. Außerdem führen wir aus marxistischer Sicht aus, warum es eine Alternative zur kapitalistischen Wiedervereinigung gab. Vor allem erklären wir, warum eine starke revolutionäre sozia-

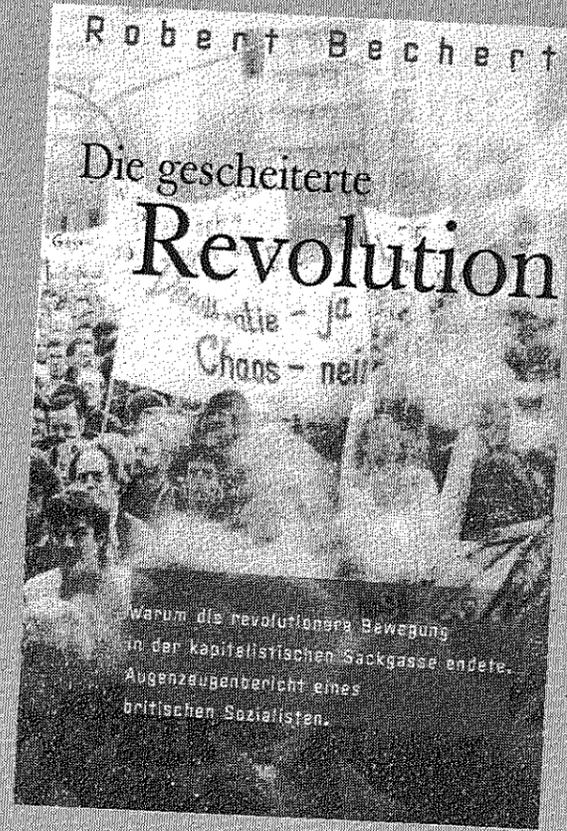
eine ArbeiterInnen-Demokratie notwendig gewesen wären, um den Ereignissen einen grundlegend anderen Verlauf zu geben.

Geschrieben wurde das Buch dem britischen Marxisten, Robert Bechert, der Mitglied im Vorstand vom „Komitee für eine Arbeiterinternationale (KAI/ CWI)“ ist. Der Autor war von Herbst '89 bis Frühjahr '90 selbst in Berlin gewesen. Gemeinsam mit anderen Mitgliedern des CWI nahm er aktiv an den Protesten gegen das SED-Regime teil. Die ersten Genossinnen, die vor zehn Jahren in der DDR Mitglied des CWI wurden, bauten die Gruppe „Marxisten für die Räte-demokratie“ auf. Von 1990 bis 1991 gaben wir für den Osten Deutschlands eine eigene Zeitung, „Was Tun!“, heraus. Im Anhang von unserem Buch „Die gescheiterte Revolution“ dokumentieren

wir Material unserer Arbeit aus jenen Monaten. Darüber hinaus lassen wir SAV-Mitglieder zu Wort kommen, die damals in Ostdeutschland die Ereignisse miterleben konnten.

Zehn Jahre nach dem Ende der DDR wird immer deutlicher, daß die arbeitende Bevölkerung in den fünf neuen Ländern „vom Regen in die Traufe“ gekommen ist. Der Kampf für eine sozialistische Veränderung in Ost und West ist heute dringender denn je. Das Buch leistet einen unersetzlichen Beitrag, ein klares Verständnis von Revolution und Konterrevolution 1989/90 in Ostdeutschland zu bekommen. Dieses Verständnis ist die Voraussetzung, um heute erfolgreich gegen den „real existierenden“ Kapitalismus vorgehen zu können.

Aron Amm, Berlin



Das Buch kann ab dem 10. Oktober zum Preis von 20 DM zzgl. Versandkosten über die Redaktion bezogen werden. Vorbestellungen an: Redaktion VORAN.

In der nächsten VORAN:

Geschichte der DDR - Teil II:  
 Von der Revolution zur Niederlage

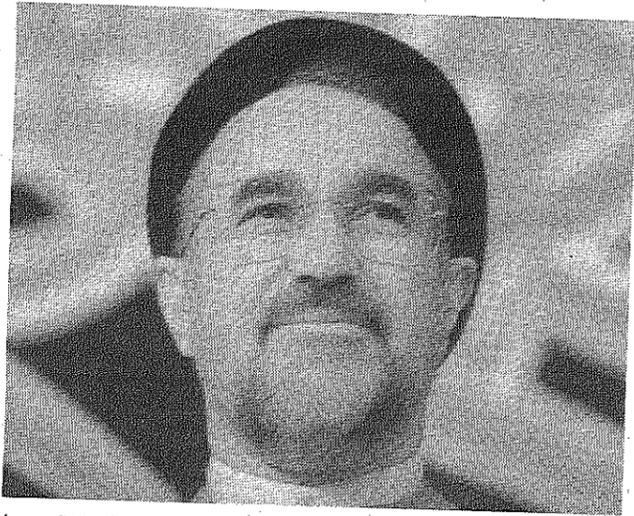
# Iran 20 Jahre nach der Revolution

# Das islamische Regime hat abgewirtschaftet

Die Studentenrevolte Anfang Juli hat fünf Tage lang das Land in Atem gehalten und die Schwäche des herrschenden Regimes aufgedeckt. Der Aufstand der Studenten, der blutig niedergeschlagen wurde, ist zwar nur ein kleines Glied in der Kette langjähriger Klassenkämpfe gegen das mittelalterlich-islamische Regime, aber er hat den Anfang vom Ende der religiösen Herrschaft eingeläutet. Die massive Unterstützung durch die Bevölkerung und die Ausbreitungsgeschwindigkeit von Teheran binnen Tagen über das ganze Land zeigen deutlich: Das Regime hat kaum noch Anhänger in der Bevölkerung.

Ali, Berlin

Die Geschichte des Iran der letzten 50 Jahre ist ein Geschichtsbuch vom Kampf gegen verrottete Herrschende, die alle vom Imperialismus abhängig waren. Der Schah wurde 1953 durch eine von den USA und Großbritannien organisierte Putsch gegen die Mozadegh-Regierung an die Macht gebracht. Die Regierung Mozadeghs war durch eine Bewegung der Arbeiterklasse gegen die Feudalherrschaft und imperialistische Ausbeutung ins Amt gebracht worden. Obwohl Mozadegh ein Vertreter der iranischen Bourgeoisie war, war er gezwungen, die Ölindustrie zu verstaatlichen und sich mit den USA und Großbritannien anzulegen.



Irans Präsident Chatami.

Nach dem Putsch des Schah wurden alle demokratischen Rechte und politischen Freiheiten abgeschafft, Parteien und Gewerkschaften niedergeschlagen. Das Schah-Regime hatte die Aufgabe, revolutionäre Bewegungen in der Golfregion niederzuhalten und wurde dafür von den USA aufgerüstet. Der Schah wurde trotzdem - auch auf Druck der USA - gezwungen einige Reformen und Zugeständnisse zu machen. Eine Agrarreform, die sogenannte „weiße Revolution“, und eine verstärkte Industrialisierung brachten eine neue Klassendifferenzierung in der Gesellschaft. Die iranische industrielle Bourgeoisie mit der Schah-Familie an der Spitze wurde gestärkt. Einige der Feudalherren verloren ihre wirtschaftliche Stellung

weiterhin an der Macht beteiligt bleiben.

Die Industrialisierung sah aber auch die Geburt einer quantitativen als auch qualitativ starken Arbeiterklasse. Verlierer, und dementsprechend sofort mit dem Schah unzufrieden waren die kleinen Bauern, die Land verloren und, besonders die große Gruppe der Bazarhändler (Bazaris), die mit der Schicht der Geistlichen eng verbunden waren. Aus diesem Grund waren die Bazaris in Opposition zum Schah-Regime und liefen später in Scharen zu Khomeini und halfen ihm sein islamisch-fundamentalistisches Regime durchzusetzen. Die Bazaris waren die schärfsten Gegner von demokratischen Rechten und der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau.

### Die Revolution 1978-79

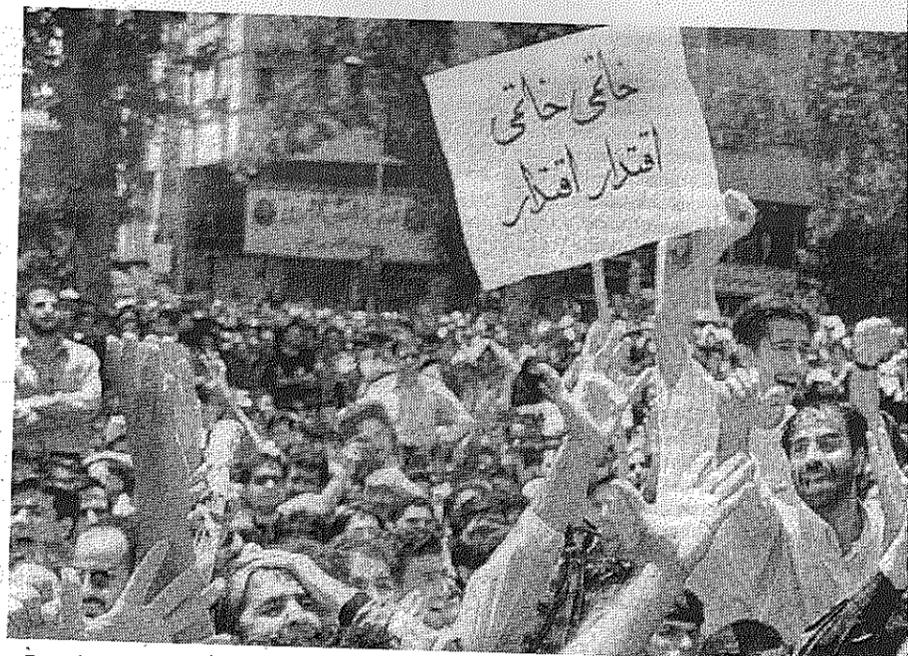
Wie jede andere Revolution im Zeitalter des Imperialismus war die iranische Revolution ihrem Charakter nach gegen das Kapital und gegen das kapitalistische System gerichtet. Die Arbeiter waren relativ schnell von der sogenannten Modernisierung des Schah enttäuscht. Die fehlenden demokratischen Rechte und die erhoffte aber ausgebliebene Erhebung des Lebensstandards, brachten das Faß zum Überlaufen. Monatelange Massenaufstände, von Winter 1978 an, zwangen den Schah, das Land zu verlassen. Auch der Versuch das Regime durch

schrieben. Verfangen in der Etappentheorie (wonach zuerst für demokratische Rechte und gegen Imperialismus zu kämpfen sei und irgendwann später für den Sozialismus) propagierten die Tudeh-Partei (Kommunistische Partei Irans) und andere linke Parteien nicht den Sozialismus, sondern unterstützten Khomeini, weil er angeblich antiimperialistisch sei und demokratische Rechte versprach. Sie überließen somit die Führung der Revolution den bürgerlichen Kräften.

Das Versagen der Linken machte es Khomeini einfacher, die Arbeiterklasse mit seiner Demagogie von „Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit“ hinter sich zu führen. Er wies des öfteren daraufhin das der Prophet Mohammed auch die Hände von Arbeitern geküßt hätte und „Retter von Sklaven und Unterdrückten“ gewesen ist. Diese Lügen zielten darauf ab, der Arbeiterklasse vorzugaukeln, sie bräuchte keine kommunistische Partei, keinen Sozialismus, weil der Islam auch die sozialen Probleme lösen kann. Der Umstand, daß während 30 Jahren Diktatur keine legale politische Arbeit und Demonstrationen möglich waren und deswegen auch die meisten Großdemos von den Moscheen aus starteten, halfen Khomeini, seinen Einfluß auszubauen.

Kurz nach der Machtübernahme zeigte Khomeini sein wahres Gesicht: demokratische Rechte wurden abgeschafft und Parteien unterdrückt. Der achtjährige Krieg (1981-1989) gegen den Irak half dem Regime, offen jegliche Opposition zu zerschlagen. Zehntausende von linken Aktivisten wurden verhaftet und umgebracht. Massenerschießungen ohne Prozeß standen zwischen 1981 und 1989 an der Tagesordnung. Der Krieg war zwar für die Kapitalisten und für die Waffenindustrie ein einträgliches Geschäft. Für das iranische Volk jedoch eine ökonomische und menschliche Katastrophe: hunderttausende Familien hatten mindestens einen Toten zu beklagen. Nachdem dieser Krieg dafür benutzt wurde, die Arbeiterorganisationen und linken Parteien zu vernichten, wurde die Zeit danach benutzt, die letzten Errungenschaften der Revolution zu beseitigen.

Mit dem Privatisierungsprogramm von Präsident Rafsandschani wurden staatliche Betriebe und Banken wieder in die Hände von Spekulanten gegeben. Manche der neuen Besitzer waren mit dem Schah geflüchtet und wurden nun von der Regierung aus dem Ausland geholt, um ihr altes Eigentum wieder zu übernehmen. Die Privatisierungen waren verbunden mit einer Öffnung nach Westen, ein Versuch die Beziehung zu Europa und den USA zu verbessern. Für die Arbeiterklasse waren die Folgen der Privatisierung verheerend: trotz bis zu 16 Stunden Arbeit am Tag konnten die Arbeiter kaum ihre Ent-



„Gerechtigkeit oder eine neue Revolution.“ Die Studentenproteste markieren den Anfang vom Ende des Mullah-Regimes, auch seiner „liberalen“ Variante.

kenden Löhnen begleitet. Hunderttausende verloren ihre Jobs. Zur gleichen Zeit wuchs der Reichtum einer kleinen Minderheit ins Unermessliche und stachelte den Widerstand der Arbeiter gegen Privatisierung an. Streiks gegen Betriebsschließungen und Privatisierungen und für Lohnerhöhungen dauerten bis zu 14 Monate.

Die Gegenwehr der Arbeiterklasse im Iran belebte die Exilopposition. Das Regime reagierte darauf mit Mordkommandos ins Ausland, bezahlten Killern und Geheimagenten, die die Oppositionellen auf der ganzen Welt jagen und ausschalten sollten. Gerade die Morde im Ausland offenbarten einer breiten Schicht in Europa und den USA das wahre Gesicht des Mullah-Regimes. Die Proteste der iranischen Opposition und ihre Unterstützung durch die Bevölkerung in Deutschland ermunterten ein Berliner Gericht, die iranische Führung im sogenannten Mykonos-Prozeß zu „verurteilen“. Das Gericht befand, das die höchsten Repräsentanten des Iran, ihre Hände bei der Ermordung von Führern der „Kurdischen Demokratischen Partei“ im Restaurant Mykonos mit im Spiel hatten. Diese Morde sollten die Opposition im Ausland zum Schweigen bringen und der Arbeiterklasse im Iran Angst einjagen, um jegliche Umsturzgedanken zu verbannen.

Am Ende der Präsidentschaft Rafsandschani war das Regime in Inland und im Ausland isoliert und die regierenden Ayatollahs über die Machterhaltung zerstritten.

### Chatami und seine Rolle

Ein neues Gesicht mit demokratischem Antlitz und Parolen mußte her um die Regierung aus der Isolationssackgasse heraus zu führen. Das ist die Rolle von Chatami.

Er wurde 1997 in einem undemokratischem Wahlkampf gewählt. 240 Kandidaten von verschiedenen Oppositionsorganisationen und Parteien hatten sich gemeldet aber die Regierung ließ nur ihre zwei Kandidaten zu. Chatami, der nicht der Lieblingskandidat des Regimes war, versprach Freiheit für Parteien und Medien und mehr demokratische Rechte. Solche Parolen entsprachen der Forderungen der breiten Masse, er fand damit Unterstützung von Frauen, gewerkschaftlichen Organisationen und der Jugend, die meist arbeitslos und ohne Zukunftsperspektive ihre bisheriges Leben unter der islamischen Herrschaft verbracht hatten.

Chatami dachte eigentlich nur dran, eine kleine Spalte zu öffnen, um Dampf abzulassen und das Regime vor Massenaufständen zu retten. Dement-

und Streiks oder bei der Schließung von Zeitungen. Bei jeder kleinen Öffnung wollte die Masse mehr und viel weitergehen, als Chatami und die Regierung es vor hatten. Chatami sah sich gezwungen immer mehr die Rolle des Bewachers des Systems zu übernehmen und öfters die Unterdrückungsmaschinerie selber in Gang zu setzen oder zu dulden. Fallende Ölpreise führten zu sinkenden Einnahmen und zur Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und der Jugend. Chatami und das Regime haben auch ihre letzten Anhänger verloren und können sich nur noch durch bewaffnete Einheiten oder durch bezahlte Schläger über Wasser halten.

### Vorboten größerer Klassenkämpfe

Die Studentenrevolte 20 Jahre nach der Revolution signalisiert das Ende des Regimes. Vor zwanzig Jahren waren die Universitäten eine Stütze Khomeinis und die heutigen protestierenden Studenten waren bis vor kurzem mehrheitlich Unterstützer von Chatami.

Dem Protest gegen die Schließung einer an sich konservativen Zeitung, die aber für das Regime zu liberal war, wurde mit Polizeigewalt begegnet, Schlafsäle wurden überfallen und viele Studenten umgebracht. Protest und Zorn bereitete sich nicht nur in Teheran sondern in drei Tagen über das ganze Land aus.

Studenten, die Jahre lang brav waren, lieferten sich Schlachten mit der Polizei und radikalisierten sich schnell. Parolen waren unter anderem „Entweder Islam und Gerechtigkeit oder eine neue Revolution“. Andere Parolen waren: „Nieder mit der islamischen Regierung“, „Freiheit oder Tod“ und „Freilassung aller politischen Gefangenen“. Tausende studentische Aktivisten sind verhaftet worden. Die Forderung nach ihrer Freilassung könnte ein Hebel für die nächste größere Bewegung sein.

### Revolutionäre Partei aufbauen

Die Studentenrevolten sind Vorboten einer aufkommenden Revolution. Das System ist am Ende und nicht reformierbar, auch wenn die beteiligten Kräfte in der Regierung und Opposition es noch nicht so sehen. Ob die Revolution tatsächlich erfolgreich sein wird oder in einer Sackgasse endet wie vor 20 Jahren, hängt davon ab, ob die Arbeiterklasse es schafft, in den nächsten paar Jahren eine revolutionäre Partei aufzubauen, die diesen Namen verdient, d.h. die ein klares sozialistisches Pro-

gramm hat und sich am Rock der Bourgeoisie anzuhängen, die ehemalige Linke, die die Chatami unterstützen.

Der große Teil der Linken jammert über den so achtmaligen Einfluß der Religion über das Fehlen sozialistischen Bewußtseins unter der Bevölkerung. Wenn die Linke selbst ein sozialistisches Bewußtsein und ein sozialistisches Verständnis entwickeln wird, dann wird sie die Ideen der Herrschenden beiseite schieben und die Wünsche und Forderungen der Unterdrückten zur herrschenden Idee aufsteigen zu lassen. Im übrigen hat das Mullah-Regime die Religion mehr diskreditiert als linke Propaganda jemals geschafft hätte. Die Revolution wird ähnlich von 1978/79 begleitet sein von einer schlagartigen Änderung des Bewußtseins, vom Durchbruch neuer Ideen mit umfangreichen neuen Publikationen und von Betriebsbesetzungen und Arbeiterräten im gesamten Land.

Entscheidend wird aber letzten Endes sein, ob die Arbeiterklasse und die armen Bauern eine entschlossene Führung haben, um dem kapitalistischen System den letzten Stoß zu verpassen. Die Mehrheit der heutigen Linken ist der katastrophalen Etappentheorie verfallen, die besagt zuerst demokratische Rechte zu erkämpfen und irgendwann später den Sozialismus einzuführen.

Leider ist es eine Illusion zu glauben, daß demokratische Rechte auf Dauer mit einem schwachen Kapitalismus vereinbar sind.

Es ist andererseits utopisch zu glauben, daß sich die weniger entwickelten Staaten wie zum Beispiel Iran oder Türkei auf kapitalistischer Grundlage weiter entwickeln würden. Die heutige Bourgeoisie in Europa, Japan und Nordamerika hat ihre Entwicklung begonnen als die Weltmacht noch nicht restlos aufgeteilt war. Heute können Iran oder Türkei nicht einmal auf dem eigenem Binnenmarkt konkurrenzfähig sein.

### Sozialismus ist die Alternative

Nur eine sozialistische Revolution kann dieses Dilemma lösen, und für eine ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung Raum schaffen und demokratische Rechte garantieren. Eine sozialistische Revolution im Iran würde den islamischen Fundamentalismus auch in anderen Ländern zu Grabe tragen. Sie würde begeisterte Unterstützung von der Arbeiterklasse und ihrer Jugend weltweit erfahren und wahrscheinlich noch einen größeren Widerhall als die russische Oktoberrevolution.

# Nigeria kommt nicht zur Ruhe

29. Mai fanden in Nigeria Präsidentschaftswahlen statt. Nach 6 Jahren offener Militärdiktatur soll der Staat in Afrika wieder durch bürgerliche Demokratie regiert werden. Hinter den Kulissen der Regierung ziehen die alten Machthaber nach wie vor die Fäden. Demokratisierung, die der Mehrheit der Bevölkerung tatsächliche Rechte und eine Verbesserung der Lebensbedingungen bringen würden, ist nicht in Sicht.

Im Jahre 1993 wurde der Druck der Oppositionsbewegungen auf die damalige Regierung so groß, daß das Militär eingreifen mußte, um einen Aufstand zu verhindern. General Babangida verteilte die folgenden Wahlen, um das Militär an der Regierung zu halten. In ihm entwickelte sich eine so genannte Massenbewegung, daß er gegen sich zurückziehen mußte. Sein Nachfolger, General Abacha, ließ es schließlich, das Land mit der Härte unter Kontrolle zu halten. Nach dessen Tod im Jahre 1994 übernahm General Abubakar an der Spitze die Regierung.

## Ausbeutung und Ausbeutung

Nigeria ist ein international bedeutender Erdöllieferant. Es liegt an 12. Stelle der Weltölförderung. Die Vorkommen sind insbesondere vom Shell-Konzern ausgebeutet, der ohne Rücksicht auf die Umwelt und die Lebensgrundlagen der einheimischen Bevölkerung in Hand mit dem korrupten Apparatus seine Profite erwirtschaftet. Um das Land ungehindert ausbeuten zu können, ist eine autoritäre demokratische Regierung erforderlich, die in der Weltöffentlichkeit durch ihre Mißachtung von Menschenrechten aufsehen erregt hat. Politisch sollte ein Rückzug der

Militärs von der Macht helfen, das Land zu befrieden und den Bürgerrechtsbewegungen die Spitzen zu brechen.

Neben dem Mangel an demokratischen Rechten hat die Bevölkerung Nigerias in der Vergangenheit auch drastisch unter den Folgen der Weltwirtschaftskrise zu leiden gehabt. Einhergehend mit dem weltweiten Fall der Ölpreise ist das pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung von 1000 US Dollar in den achtziger Jahren auf 213 Dollar im Jahre 1998 gesunken. Offiziell leben 60 Prozent der Bevölkerung in Armut. Mit einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation des rohstoffreichen Nigerias ist unbedingt zu rechnen, da die rückständige einheimische Industrie unter der starken Importkonkurrenz leidet.

## Schlechte Voraussetzungen für Demokratisierung

Die Rahmenbedingungen für einen echten Demokratisierungsprozeß in Nigeria sind also denkbar schlecht. In diesem Sinne waren die innenpolitischen Signale, die dem Wahltermin vorausgingen, nicht dazu angetan, in der Bevölkerung Hoffnungen auf eine Wende zu wecken. Das Wall-Street-Journal schrieb noch am 23. Februar 1999: "Abubakar hat die Wahlen völlig unter Kontrolle. Unabhängige Kandidaten sind nicht erlaubt. Das Militär weigert sich außerdem, eine neue Verfassung zu erlassen, auf deren Grundlage eine zivile Regierung arbeiten könnte. Kritiker sagen, daß das Militär erst abwarten will, wer die Wahlen gewinnt, bevor es entscheidet, mit welcher Macht der zivile Präsident ausgestattet werden soll." In der Tat war es so, daß die alte Militärregierung die drei Parteien, die schließlich zur Wahl zugelassen wurden, ausgesucht hat. Bis zwei Wochen vor der Wahl war

auch noch immer der Artikel zwei der Militärverfassung in Kraft, der es den Behörden erlaubt, jeden Menschen ohne Gerichtsverhandlung beliebig lange festzunehmen. Von dieser Möglichkeit wurde auch hemmungslos Gebrauch gemacht. Auch ein Mitglied des Democratic Socialist Movement (DSM), der nigerianischen Schwesterpartei der SAV, wurde unter einem fingierten Mordverdacht festgenommen (VORAN berichtete, s. a. Artikel auf S. 11). Mit diesen Aktionen gegen bekannte Oppositionelle im Vorfeld der Wahlen sollte die Opposition eingeschüchtern werden und es sollte verhindert werden, daß in der Bevölkerung zu große Hoffnungen auf Änderungen entstehen könnten. Trotz dieser Repressionen haben auch leichte Verbesserungen im Bereich der Pressefreiheit und nur die vage Aussicht auf eine Lockerung der Unterdrückung unter einer zivilen Regierung den unabhängigen Oppositionsbewegungen Auftrieb und Zulauf gegeben. Die Führer der offiziellen Gewerkschaften versuchten in der Periode vor den Wahlen, Streiks und Proteste zu begrenzen, um die Militärs nicht im letzten Moment davon abzubringen, die Macht aus ihren Händen zu geben. Mit diesem Argument müßten die Arbeiter immer auf Kämpfe verzichten, solange das Militär als organisierte bewaffnete Macht im Hintergrund besetzen bleibt. Trotzdem gelang es unabhängigen Bewegungen von unten, Erfolge zu erkämpfen, etwa im Bereich des öffentlichen Dienstes, wo der Mindestlohn von umgerechnet 15 US-Dollar auf 50 US-Dollar im Monat angehoben wurde.

Ursprünglich versuchte die Militärregierung auch, diese Bewegung zu unterdrücken. Im Oktober 1998 wurde Ayodele Akele, Führer von 80.000 Arbeitern im öffentlichen Dienst wegen seiner Mitgliedschaft im DSM entlas-

sen. Doch der Druck von unten war zu stark und zwang die Militärs zu den Zugeständnissen.

## Verbesserungen erkämpft – und wieder verloren

Mit diesen Erfolgen ist es auch zu erklären, daß die Wahlen trotz aller Manipulationen in weiten Teilen der Bevölkerung hoffnungsvoll erwartet wurden und es auch Illusionen in größere Veränderungen nach den Wahlen gab. Inzwischen ist auf die Hoffnungen Ernüchterung erfolgt. Die Bevölkerung mußte erkennen, daß in Zeiten wirtschaftlicher Krise Errungenschaften der Vergangenheit jederzeit wieder verloren gehen können. So ist die erkämpfte Erhöhung des Mindestlohnes bereits wieder hinfällig geworden. Insbesondere an den Universitäten organisiert sich zur Zeit der Widerstand gegen weitere Verschlechterungen durch die neue Regierung. Die politischen Führer sind auch heute noch in ständiger Gefahr für Leib und Leben. Im vergangenen Monat kamen bei einem Massaker durch regierungstreue Mörder fünf Studentenaktivisten ums Leben (VORAN berichtete).

In der näheren Zukunft ist in Nigeria keine Stabilisierung zu erwarten. Die Hoffnungen ruhen auf den unabhängigen Bewegungen der Arbeiter und Studenten, die schon unter der Diktatur nicht geschwiegen haben. Dauerhafte Verbesserungen können aber nur erkämpft werden, wenn es gelingt, Nigeria nicht nur innenpolitisch wirklich zu demokratisieren, das heißt die Macht des einheimischen Kapitals und der Militärs zu brechen, sondern auch aus dem Würgegriff der internationalen Konzerne zu befreien, die das Land aussaugen. Daher muß der Widerstand international organisiert werden.

Johannes Bauer, Köln

## Türkei: Generalstreik gegen IWF-Kürzungspläne

# Rente erst im Grab? Nein!

Am 13. August stand die Türkei still. Die meisten Beschäftigten waren einem Aufruf der Gewerkschaften für einen eintägigen Generalstreik gefolgt. In den kurdischen Gebieten lag die Beteiligung bei 100 Prozent. Im Rest des Landes bei 80 Prozent. Busse und Straßenbahn wurden nicht, in den Krankenhäusern wurde nur Notdienst aufrechterhalten. Im Bergbaubereich Zonk führten die Bergleute ein.

## Ludwig, Köln

Der Streik richtete sich gegen den Reformpaket der Regierung. Diese hatte, um einen Kredit zur Deckung des Defizits zu bekommen, den Plan des Internationalen Währungsfonds (IWF) übernommen. Bestandteile des Plans sind die Erleichterung ausländischer Kapitalinlagen sowie die Anhebung des Rentenalters für Männer auf 60 Jahre (bisher 58) und für Frauen auf 58 Jahre (bisher 55). Die bisherige Rente sah allerdings nicht vor, daß man von der Rente ab dem 60. Lebensjahr leben konnte. Sie bot den Arbeitern nur eine Absicherung, um von dort an den zweiten Abschnitt des Lebens zu beginnen. Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe sind in der Türkei unüblich, das relativ niedrige Rentenalter war nahezu das Element eines Sozialversicherungssystems. Angesichts der geringen Lebenserwartung von 65 Jahren ist die Parole der Gewerkschaften, man solle nicht erst ab dem 60. Lebensjahr seine Rente beziehen, nicht unpopulär.

band Hak-Is, welcher der faschistischen Regierungspartei MHP nahesteht, kamen unter Druck, ihre Mitglieder zu mobilisieren. Erster Höhepunkt war eine Demonstration mit 250.000 TeilnehmerInnen am Ende Juli in Ankara, gefolgt von kleineren Proteststreiks und vom Generalstreik am 13. August.

Die Regierung antwortete mit Drohungen und Polizeieinsätzen. Beschäftigte, die an Protesten teilgenommen hatten, wurden strafversetzt. Bei der Demonstration auf dem zentralen Kizilay-Platz in Ankara griff die Polizei die Streikenden mit Schlagstöcken und Pfefferspray an. Am 8. August wurde der Generalsekretär von Türk-Is, Semsî Denizer, vor seinem Haus erschossen. Die Polizei nahm einen Verdächtigen fest, der gestand, Denizer wegen Geldstreitigkeiten ermordet zu haben. Gewerkschafter bezweifeln das. Der Mord an Denizer sieht eher wie ein Warnschuß gegen die Gewerkschaften aus.

## Gesetz beschlossen

Am Wochenende nach dem Generalstreik beschloß das Parlament mit den Stimmen aller Fraktionen das „Reformpaket“. Regierung und Parteien fühlten sich stark genug, ihr Vorhaben gegen den Widerstand sämtlicher Gewerkschaften durchzusetzen. Ein Grund dafür sind Schwächen in der gewerkschaftlichen Mobilisierung. Türk-Is hatte ursprünglich zugestimmt, für Anfang August einen Generalstreik auszurufen und dann einen Tag vorher einen Rückzieher gemacht. Der Aufruf für den 13. August kam auch sehr

gen, aber mobilisierten nicht für eine soziale Bewegung. Die Demonstrationen waren nicht sehr groß. Die Mitglieder von Türk-Is blieben meist vor den Fabriken und Büros. Nur KESK, der linke Gewerkschaftsverband des öffentlichen Dienstes, mobilisierte seine Mitglieder für die Demonstrationen. In der 15-Millionen-Metropole Istanbul gingen 15.000 und in der Hauptstadt Ankara nur 4000 auf die Straße. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten wollten kämpfen, aber die Führer verhinderten mit ihrem Zögern, daß die Bewegung so stark wurde wie sie hätte sein können.

Ein zweiter Faktor ist die Abwesenheit sichtbarer politischer Opposition. Alle Parteien haben den Kürzungen zugestimmt, zur Zeit existiert keine Arbeiterpartei, die auf breiter Front eine Alternative darstellen kann. Die regierenden Nationalisten sind durch die anti-kurdische Hetze der letzten Monate gestärkt worden und können eine Welle von Massenprotest aushalten, so lange es keine Alternative gibt.

Die Koalition aus der „Demokratischen Linkspartei“ unter Ecevit, die weder demokra-

tisch noch links ist, der rechtsliberalen ANAP und der faschistischen MHP hat sich in ihrer Propaganda als Beschützer des türkischen Volkes dargestellt. Doch gerade diese ultra-nationalistische Regierung reißt jetzt die Schutzmaßnahmen gegen die Ausplünderung der Türkei durch westliche Großkonzerne ein, die von Atatürks Erben immer so stolz gepriesen wurden und die „Volksnähe“ des türkischen Nationalismus zeigen sollten. Immer wieder wollten die Regierungen der letzten Jahre diese Maßnahmen durchführen, waren aber davor zurückgeschreckt.

Das Kürzungspaket des IWF war nur der Anfang. Eine Reihe von Privatisierungen und Massenentlassungen wird den Lebensstandard, der durch die hohe Inflation ohnehin gebeutelten arbeitenden Bevölkerung, beschneiden. Allein durch die verheerenden Auswirkungen des Erdbebens vom 17. August sind die Kürzungspläne der Regierung hinfällig. Der Staat muß seine Ausgaben erhöhen. Neue Kredite werden benötigt, neue Kürzungen werden kommen.

Aus den kommenden Angrif-

fen werden sich weitere Abwehrkämpfe entwickeln. Auch wenn die eine Schlacht verloren wurde, haben die ArbeitnehmerInnen noch längst nicht ihr letztes Wort gesprochen. Der Generalstreik hat gezeigt, daß die Gewerkschaften intakt sind. Trotz der gewaltigen nationalistischen Welle der letzten Monate haben türkische und kurdische Beschäftigte gemeinsam für ihre sozialen Interessen gekämpft.

Der türkische Staat schert sich nicht um das Leben der einfachen Menschen. Dies wird durch nichts besser illustriert als durch das Erdbeben, durch das die Häuser der Armen zusammenbrachen wie Kartenhäuser. Lebenserwartung und Überleben sind in der Türkei eine Frage des Geldbeutels. Daß jetzt die Ultra-Nationalisten an der Regierung sind, wird langfristig die nationalistische Ideologie des Kemalismus entzaubern und den Weg freimachen, nicht nur für verstärkten gewerkschaftlichen Widerstand, sondern auch für die Einheit der türkischen und kurdischen ArbeiterInnen im Kampf für eine politische Alternative.



## Streiks in Südafrika

In Südafrika haben am 24. August zum zweitenmal seit dem Juli über eine halbe Million Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gestreikt. Sie verlangen höhere Löhne von der Regierung. In Pretoria demonstrierten 40.000 Menschen. Dies war die bisher größte Kundgebung seit dem Antritt der ANC-Regierung 1994. Bisher hat sich der Gewerkschaftsverband COSATU zurückgehalten, da er sich mit dem ANC in einem Bündnis befindet. Die Provokationen der Regierung beim Lohnkonflikt im öffentlichen Dienst haben jedoch die Beschäftigten trotz der bremsenden Rolle der COSATU-Führung in den Kampf getrieben. Nach fünf Jahren Demokratie ist die Lage in Südafrika ernüchternd. 500.000 Jobs wurden abgebaut, der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung ist gefallen. Nach Brasilien ist Südafrika das Land, in dem der Reichtum am ungerechtesten verteilt ist.

## Türkei: Erdbeben

Das Erdbeben in der Westtürkei hat nicht nur Tod und Leid über zehntausende Menschen gebracht und den verbrecherischen Charakter der Baubranche aufgedeckt, sondern auch enthüllt, daß der türkische Staat durch und durch verrotten ist. Staatliche Hilfe kam spät oder gar nicht, die Menschen mußten mit bloßen Händen in den Trümmern suchen. Die sonst allgegenwärtige Armee und Polizei ließen sich lange Zeit nicht blicken. Die Zeitung "Evrensel" schreibt dazu: "Der tagtäglich an jedem Ort präsente Staat ist nach dem Erdbeben plötzlich verschwunden ... Einzig zur Rettung ihrer verschütteten Admirale wurden in kurzer Zeit Soldaten nach Gölçük versetzt ... Der Staat, der anstatt seinen Bürgern zu helfen, seine Aufgabe daran sieht, die Bevölkerung in Schach zu halten, hat mit all seinen Institutionen versagt. All diese Institutionen haben die Aufgabe, eine Massenbewegung zu unterdrücken. Der türkische Staat ist eine Gewaltinstitution. Daher ist er auch nicht fähig, seinen Bürgern effektiv zu helfen." Die Toten, Verletzten und Obdachlosen sind keine Opfer des Erdbebens. Sie sind Opfer einer Politik, die die Interessen einer kleinen reichen Minderheit auf Kosten der armen und arbeitenden Bevölkerung durchsetzt. Das fängt mit dem Bau von Bruchbuden an und hört mit der Unfähigkeit oder Unwillen auf, den riesigen Staatsapparat bei einer Hilfsaktion einzusetzen. Es ist angesichts dieser Verhältnisse weder zu erwarten, daß die gespendeten Gelder tatsächlich bei den Hilfsbedürftigen ankommen noch daß den Obdachlosen und völlig verarmten Opfern geholfen wird.

Um von ihrer eigenen Verantwortung abzulenken, schimpfen türkische Politiker auf die ausländische Hilfe oder behaupten einfach, das Erdbeben sei ein "von Gott gewolltes Ereignis." Den Vogel schoß jedoch der "Gesundheitsminister" Durmus von der faschistischen MHP ab. Er lehnte das Blut griechischer Spender aus rassistischen Gründen ab. Doch diese türkische Spielart der Nazi-Ideologie trifft nicht auf Zustimmung.



# Was will die SAV?

Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Weltwirtschaft weitet sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschlimmert. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

### Widerstand

Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umwelterstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

### SAV

Die Sozialistische Alternative (SAV) wurde 1994 um die sozialistische Zeitung Voran gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive Antifaschistinnen, kritische GewerkschafterInnen, JungsozialistInnen, linke SPD und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, daß gewählte Vertreter nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Arbeitnehmer. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

### Solidarität

Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen uns gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

### Neue sozialistische Arbeiterpartei

Die Abwahl von Kohl war eine Ermutung für die Mehrheit der Beschäftigten, Arbeitslosen und Jugendlichen in Deutschland. Aber die Erwartungen der Bevölkerung werden unvermeid-

lich enttäuscht werden, da weder SPD noch Grüne bereit sind, sich mit den Banken, Konzernen und den Superreichen anzulegen. Da sie die Marktwirtschaft akzeptieren, werden sie versuchen, die Krisenlasten auf die Masse der Bevölkerung abzuwälzen.

Die PDS wird ihrem Anspruch sozialistische Opposition zu sein nicht gerecht. Sie nutzt ihre Unterstützung unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und auf Länderebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Krise der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

### Sozialismus

Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abgeschafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger.

## Wofür wir kämpfen:

### Arbeit für Alle

- ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege. Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern die sich in den Taschen der Superreichen befinden.
- ★ Verteilung der Arbeit auf Alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 2000 DM netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung
- ★ Nein zu Privatisierungen
- ★ Für ein öffentliches, klassenloses Gesundheitswesen

### Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Weg mit dem Paragraph 218
- ★ Kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 13. Lebensjahr

### Umweltschutz

- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs

### Bezahlbare Wohnungen

- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

### Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

### Keinen Fußbreit den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

### Abrüstung jetzt

- ★ Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- ★ Stop von Rüstungsexporten
- ★ Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

### Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und runden Tischen mit Unternehmern und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

### Nein zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum „Euro“, nein zu Maastricht

### Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung. Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen.
- ★ Statt Produktion für den Profit - Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

# Warum ich SAV-Mitglied geworden bin

Die SAV habe ich vor einem Jahr auf einem Infostand hier in Rostock kennengelernt. Ich habe damals auf einer Unterschriftenliste gegen Rassisten und Faschisten unterschrieben. Natürlich wußte ich auch vor einem Jahr schon, daß man sich gegen Nazis wehren muß, aber auf dem Infostand hörte ich das erste Mal, daß man sich organisieren muß, um im gemeinsamen Kampf gegen die Gefahr von Rechts erfolgreich zu sein. Tagtäglich las man in den Zeitungen von Übergriffen auf Linke und Ausländer durch Rechtsradikale. Durch die SAV hatte ich nun endlich eine Organisation gefunden, die eine wirkliche Alternative auf der linken Seite darstellte. Zu der Zeit haben wir dann hier in Rostock Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) wieder gegründet. Ich bin also erst bei JRE aktiv geworden und habe nach und nach auch stärker in die

SAV-Arbeit eingegriffen. Dennoch hat es ein Jahr gedauert, ehe ich dann Mitglied geworden bin, weil ich einfach unsicher war, ob ich das richtige tue. Ich denke, daß der Kommunalwahlkampf in Rostock meine letzten Bedenken beseitigt hat. Natürlich spielte aber auch die ständige Kürzungspolitik der Regierung, bei der die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, eine Rolle. Ich gelangte zu dem Erkenntnis, daß es nur in einer anderen Gesellschaft eine wirkliche Demokratie geben kann. Gleichzeitig möchte ich mit meinem Eintritt anderen Jugendlichen aufzeigen, wie wichtig es ist, politisch aktiv zu werden. Nur wenn wirklich die Arbeiter-

herrscht soziale Gerechtigkeit. Deshalb kämpfe ich für eine sozialistische Gesellschaft ohne Ausbeutung, Diskriminierung.

Tini, 17 Jahre, Schülerin, Rostock



# Spenden für Kommunalwahlkämpfe

Prestigeobjekte, Privatisierung und Sozialabbau - das ist die Politik aller etablierter Parteien in den Kommunen. Diesem Einheitsbrei setzt die SAV eine Alternative entgegen: konsequente Politik im Interesse von ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen, ohne Rücksicht auf die Profitinteressen der Konzerne und Banken. Bei den Kommunalwahlen in Aachen, Köln, Stuttgart und Berlin wollen wir der Wut über die etablierte Politik Ausdruck verleihen und den Widerstand in die Stadträte tragen.

Wir wollen im Wahlkampf möglichst viele davon überzeugen, nicht nur SAV-KandidatInnen ihre Stimme zu geben, sondern auch selbst aktiv zu werden und sich dem Kampf für die Sozialistische Alternative anzuschließen.

Um Plakate und Flugblätter mit Parolen wie „Streichen bei den Reichen statt kürzen bei den Armen“ und „Keine Mark für Prestigeobjekte“ drucken und massenhaft verteilen zu können brauchen wir Geld. Im Gegensatz zu den etablierten Parteien finanzieren wir uns

nicht aus großzügigen Spenden der Unternehmer oder staatlichen Zuschüssen. Wir wollen finanziell nur abhängig sein von den Leuten, für deren Interessen wir eintreten, von Arbeitslosen, ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen.

In Aachen haben wir bei diesen Wahlen besondere Möglichkeiten die SAV aufzubauen und vielleicht sogar in den Stadtrat zu kommen. Deshalb haben wir beschlossen aus

dem diesjährigen Sommer ein zusätzliches Plakat der Parole „Wut und Widerstand in den Stadtrat!“ für den Wahlkampf in Aachen zu finanzieren. Von den 15.000 DM, die wir uns für den Spendentopf zum Ziel gesetzt haben sind wir noch ein Stück entfernt. Aber wenn alle Mitglieder und UnterstützerInnen jetzt eine möglichst große Spende machen, können wir erreichen.

**Sommerappell 99:**  
Ziel: 15.500 DM

Bis zum 23. 8. sind DM 12648 eingegangen

Spendenkonto:  
2500 59 430  
Postbank Essen  
(BLZ: 360 100 43)

Ziel

15.500 DM

erhalten

12.648 DM

## Sozialistische Alternative – Ortsgruppen

### Aachen

OG Ost: Dienstags, 19.00 Uhr, „Au Petit Bistro“, Adalbertsteinweg 119  
OG Nord: Mittwochs, 19.30 Uhr, Che-Haus, Pontstr. 41  
OG West: Mittwochs, 19 Uhr, Cafe WABE, Umwelt- u. Dritte-Welt-Haus, An der Schanz 1  
Infos unter Tel. (0241) 508685 im SAV-Büro

### Berlin

OG Treptow-Köpenick: Bis 10. Oktober gemeinsam mit OG Prenzlauer Berg.  
OG Prenzlauer Berg: Montags 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jablonskistr. 26, S-Bahn Prenzlauer Allee, Linien 1 oder 20  
Infos unter Tel. (030) 4408429 im SAV-Büro

### Bremen

Donnerstags, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehrschloß, Hastedter Osterdeich 230.  
Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

### Brammerhaven

### Dresden

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

### Frankfurt/Main

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

### Freiburg

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale

### Hamburg

Gerade Wochen: Dienstags, 19 Uhr, im GWA St. Pauli, Hamburger Hochstr. 2 (S-Bahn Reeperbahn), Ungerade Wochen: Mittwochs, 19.00 Uhr, Haus der Jugend (Steinikestraße, S-Bahn Harburg Rathaus)  
Infos unter Tel. (040) 7662 17 97

### Kassel

Mittwochs, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12, Infos unter: (0561) 9223522

### Kiel

Infos unter Tel. (0221) 13 45 04

### Köln

jeweils donnerstags, 19.30 Uhr, „Humboldt-Eck“, Kantstr./Ecke Wiersbergstraße, U-Bahn Kalk Kapelle. Infos unter Tel. (0221) 13 45 04

### Rostock

SAV-Treffen jede Woche donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Augustenstraße 92 (Eingang über Grüner Weg). Infos unter Tel. (0381) 4996590 im SAV-Büro

### Siegen

Mittwochs, 19 Uhr im Nordafrikanischen Verein, Frankfurter Straße 82, Nähe Löhrtor Schwimmbad  
Infos, Tel.: (0271) 51 29 1

### Stuttgart

jeweil mittwochs, 19.30 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9  
Infos unter Tel.: (0711) 24 24 42

### Sonstige

Kontakt zu folgenden Städten über die SAV-Bundeszentrale, Tel. (0221) 13 45 04

# Kommunalwahlkampf in Stuttgart SAV kandidiert in linkem Bündnis

Nachdem die PDS trotz mehrfacher Angebote im Frühjahr die Teilnahme an einer gemeinsamen linken Liste bei den Kommunalwahlen ablehnte, bildete sich ein Bündnis aus SAV, DKP (Deutsche Kommunistische Partei), KKE (Griechische Kommunistische Partei) und linken Einzelpersonen heraus. Bei den Verhandlungen über das gemeinsame Programm konnten wir die anderen weitgehend für unsere Forderungen gewinnen. Das Programm betont, daß linke Gemeinderäte vor allem die Gegenwehr der von den Auswirkungen des Kapitalismus und der Sparpolitik Betroffenen unterstützen müssen. Unser gemeinsames Programm richtet sich als erstes gegen das „Projekt Stuttgart 21“, ein milliardenschweres Projekt mit dem der gesamte Stuttgarter Hauptbahnhof unter die Erde verlegt werden soll. Wir fordern stattdessen Reformen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung, der Beschäftigten, SchülerInnen und StudentInnen, Arbeitslosen, Wohnungssuchenden, Frauen und diskriminierten Minderheiten wie ImmigrantInnen, Lesben, Schwule und Bisexuelle. Das Programm des Bündnisses erklärt aber auch, daß die Diktatur des Marktes gebrochen werden muß und daß deshalb Großkonzerne, Banken und Versicherungen vergesellschaftet, unter demokratische

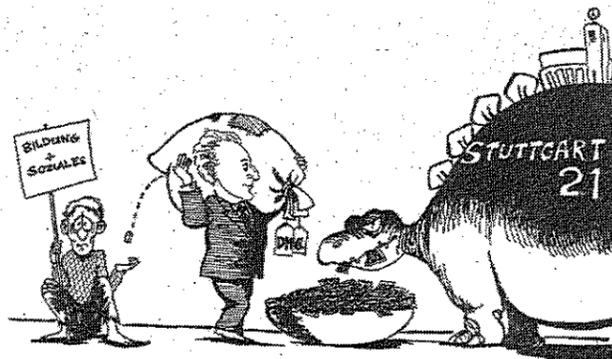
Kontrolle durch Beschäftigte und Allgemeinheit gestellt und die Produktion gemäß den gesellschaftlichen Bedürfnissen demokratisch geplant werden müssen.

Im Juli fiel der PDS auf, daß sie alleine keine 60 KandidatInnen zusammenbekommt und lud uns ein, auf ihrer Liste zu kandidieren. Ein Bündnis, bei dem wir über Programm, Kandidatenaufstellung etc. hätten mitentscheiden können, lehnten sie „aus Zeitgründen“ weiterhin ab. Ein Teil der DKP wollte das im Interesse der Einheit schlucken und kandidiert jetzt auf der PDS-Liste, aber für den Rest unseres Bündnisses war das nicht akzeptabel. Wir sind für Einheit, aber für Einheit, die auch etwas verändert. Die PDS in Stuttgart ist organisatorisch schwach, kaum verankert, politisch sehr gemäßigt und hat außer dem Namen PDS kaum etwas zu bieten. Wenn solche Leute in den Gemeinderat gewählt werden, haben sie nicht den politischen Rückhalt, um der Kürzungspolitik etwas entgegenzusetzen. Das würde das, durch die Erfahrung mit SPD und Grünen entstandene, Vorurteil verstärken, daß Linke, sobald sie gewählt werden, ihre Grundsätze über Bord werfen.

Deshalb fanden wir es gerechtfertigt, weiter zu kandidieren. Das Bündnis gab sich den Namen Internationale De-

mokratische Linke (IDL). Ein Drittel unserer KandidatInnen sind nichtdeutscher Herkunft. Viele sind in ihren Betrieben und Gewerkschaften aktiv und verankert und haben in den Kämpfen der vergangenen

2. Der Schwerpunkt wird sein, Aktivitäten von unten zu entwickeln, außerparlamentarische Proteste zu unterstützen, besonders bei betrieblichen und gewerkschaftlichen Bewegungen, und Öffentlich-



Jahre eine Rolle gespielt. Allein unter den ersten fünf KandidatInnen sind vier Betriebs- oder Personalräte. Unsere KandidatInnen machen im Wahlprogramm deutlich, daß ihre Kandidatur nicht dazu da ist um Karriere zu machen. Das Wahlprogramm endet mit folgenden 4 Verpflichtungen unserer GemeinderatsvertreterInnen:

1. Verbesserungen für Beschäftigte, Arbeitslose, sozial Schwache, Kinder & Jugendliche, Frauen und AusländerInnen einzufordern und Maßnahmen, die auf ihre Kosten gehen, strikt abzulehnen, sowie gegen jede Form von Diskriminierung einzutreten.

3. Keine Privilegien anzunehmen und die eigenen Finanzen jährlich offen zu legen. Alle Zuwendungen, alle sogenannten Dienstreisen und sonstigen „Aufmerksamkeiten“, von denen Stadträte profitieren, werden wir ablehnen und offen legen.

4. Rechenschaft gegenüber einer vierteljährlichen Versammlung des Wahlbündnisses abzulegen und dort auch die weitere Politik gemeinsam zu diskutieren.“

**Wolfram Klein,**  
Kandidat der SAV auf der Liste der Internationalen Demokratischen Linken (IDL).

## Auflösung einer BGS-Sondereinheit erreicht

Seit Monaten gab es Kriminalisierungsversuche in Kassel gegenüber der Graffiti-Szene. Eine Sondereinheit des Bundesgrenzschutz (BGS) wurde eingerichtet. Die drei legalen Flächen wurden rund um die Uhr observiert, mindestens sieben Writer wurden festgenommen um Perso-

nalien festzustellen. Wohnungen wurden durchsucht, die der Eltern teilweise gleich mit, Privat-Utensilien mitgenommen, Zeugen ignoriert, Writer wurden schikaniert und eingeschüchert.

Die SAV informierte die Bevölkerung mit Flugblättern, Presseerklärungen und Unterschriftensammlungen und bekam Unterstützung von anderen Organisationen, wie zum Beispiel des I. Skateboardvereins Kassel „Mr Wilson“, JRE (Jugend gegen Rassismus in Europa) oder dem Asta der Uni-Kassel. Wir organisierten eine erfolgreiche Demo gegen den BGS mit 400 Leuten; Kultur gab's von Plattentellern und auf Leinwänden. Bei einem Fernsehauftritt im Hessischen Rundfunk konnten wir gegen den Frankfurter BGS-Chef persönlich diskutieren - was eindeutig beschissen für den BGS ausging (ich dachte solche Leute werden rhetorisch geschult?). Bevor wir die nächste Protestaktion organisieren konnten, erreichte uns - relativ plötzlich - die Info, daß „die BGS Ermittlungsgruppe Graffiti in Kassel aufgrund der öffentlichen Angriffe“ schon „aufgelöst ist.“ Wir haben es also mit relativ geringem Aufwand geschafft, eine bundesweit staatliche Polizeitruppe zu zwingen eine ihrer Abteilungen aufzulösen. Deswegen versuchen wir im Moment diese Kampagne bundesweit zu verbreiten und gegen alle Graffiti-Soko's aktiv zu werden. Infos gibt es unter der Telefonnummer: (0561) 9 22 35 22.

## Stoppt die Unterdrückung in Nigeria

Am 10. Juli wurden zwei Mitglieder der DSM (Democratic Socialist Movement), die Schwesterorganisation der SAV in Nigeria, ermordet. (VORAN berichtete darüber in Ausgabe 207.) Daraufhin beschloss die Hamburger SAV-Ortsgruppe Anfang August, die internationale Solidaritätskampagne für die DSM in der Hansestadt zu verstärken.

Mit Veranstaltungen, Unterschriften- und Spendensammlungen soll auf die politische Situation in Nigeria aufmerksam gemacht und Hilfe geleistet werden. Der Berliner Stadtverband der SAV wird die gesammelten Unterschriften im Rahmen einer Protestaktion an das nigerianische Konsulat übergeben.

Die SAV Hamburg führt deshalb eine Unterschriftensammlung für die zentralen Forderungen der DSM durch. Diese sind:

- \* Freilassung aller politischen Gefangenen
- \* Mehrparteien-Demokratie ohne Kontrolle des Staates über die Kandidaten bei Wahlen
- \* Volle demokratische Rechte für Gewerkschaften, Umwelt- und Studierenden-Organisationen

Bei Besuchen in Wohnheimen afrikanischer Flüchtlinge, auf Informationsständen und anderen Gelegenheiten wird für die Unterstützung dieser Forderungen geworben. Organisationen, Initiativen, Parteien und Gewerkschaften werden außerdem aufgefordert, einen Solidaritätsbrief zu unterzeichnen.

Als Teil der Kampagne soll im September eine gemeinsame Veranstaltung mit afrikanischen Initiativen und Organisationen stattfinden.

Die Hamburger SAV-Mitglieder haben sich zum Ziel gesetzt, in der Kampagne bis Ende September für die Forderungen der DSM Solidaritätsbriefe von 10 Organisationen zu bekommen sowie 150 Unterschriften zu sammeln. Zudem sollen durch die Kampagne mindestens 300,-DM Spenden zur Unterstützung der Arbeit der DSM in Nigeria gesammelt werden.

In der ersten Kampagnenwoche unterschrieben 35 Personen und spendeten über 130,-DM.

Die SAV ruft die Leser der VORAN auf, diese Kampagne aktiv zu unterstützen.

Das zweisprachige Flugblatt (deutsch/englisch), die Unterschriftenliste sowie der Solidaritätsbrief können bei der SAV Hamburg angefordert werden. Wer weitere Informationen über die aktuelle Lage und Geschichte Nigerias möchte, kann dort außerdem für 3,50 DM (+3,-DM Porto) eine 20-seitige Info-Mappe bestellen: SAV Hamburg, Postfach 90 23 27, 21057 Hamburg, Telefon: 040-76621797, email: savhamburg@aol.com.

Sylla Kahl, Jörn Kroppach, Hamburg

### Sozialismusfest der SAV

5. und 6. November 1999  
Ché-Haus, Pontstr. 41

Wir diskutieren über folgende Themen:

„10 Jahre nach der Revolution und Konterrevolution in der DDR“  
Freitag, 5.11.99, 19.00 Uhr

„Islamischer Fundamentalismus“  
„Ist die Umwelt noch zu retten?“  
Samstag, 6.11.99, 12.00 Uhr

„Nationalismus und nationale Frage“  
„Kampf gegen Nazis und Rassisten“  
Samstag, 6.11.99, 15.30 Uhr

„Perspektiven für sozialistische Ideen am Beginn des 21. Jahrhunderts“  
Samstag, 6.11.99, 19.00 Uhr

Samstag ab 21.00 Uhr Party

Weitere Infos unter (0241) 50 86 85

## JA, ich möchte die VORAN abonnieren:

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- ein Förderabo mit einer monatl. Spende von \_\_\_ DM bezahlen
- zusätzlich \_\_\_ Exemplare zum Weiterverkaufen  
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Name \_\_\_\_\_ Telefon \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

**Geschenk-Abo**  befristet, 10 Ausgaben zu 25 DM :  unbefristet

Ich verschenke das Abo. Bitte an folgende Adresse liefern:

Name \_\_\_\_\_ Telefon \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Ich erteile VORAN e.V. eine Einzugsermächtigung über \_\_\_ DM

einmalig  monatlich  vierteljährlich

Kontoinhaber, Anschrift \_\_\_\_\_

Kontonr./ Bank/ BLZ \_\_\_\_\_

## Der Kampf ist international

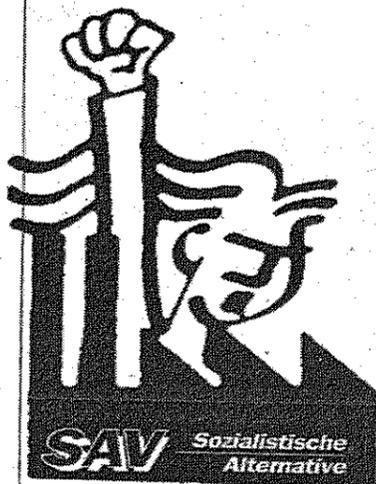
Die SAV ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, engl. CWI - Committee for a Workers International). Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität.

Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Adresse: CWI, PO Box 3688,  
London E9 5QX, GB. Tel.:  
0044/181/533 0201  
Fax: 0044/181/985 0757  
E-Mail: inter@dircon.co.uk  
website: http://www.clubi.ie/  
dojo/cwi/inde



## GRUNDSATZ PROGRAMM



# VORAN

Solidaritätspreis 3,- DM

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 208 September 1999

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

# SAV

Berlin (030) 4 40 84 29  
Anrufen, Informieren, Mitmachen

## Bei den Wahlen in Berlin: Deine Stimme für die SAV!



Die SAV verbindet den Widerstand gegen Sozialabbau mit dem Kampf für eine grundlegend andere Gesellschaft

Während in Berlin Kindergärten geschlossen und Erzieherinnen entlassen werden, wurden für den Bau eines Luxus-Kindergartens für den Nachwuchs der Bundestagsabgeordneten 10 Millionen DM ausgegeben. Arbeitsplätze werden vernichtet, die Preise für den öffentlichen Personennahverkehr haben sich vervielfacht, gute Wohnungen sind für normale Arbeitnehmer nicht mehr zu bezahlen, aber für Prestigeobjekte werden Milliarden verpulvert: Regierungsumzug, Tiergartentunnel, Potsdamer Platz, Großflughafen. Viele BerlinerInnen sagen: „Ick hab die Nase voll“.

### Arbeit für alle

Berlin ist Hauptstadt – Hauptstadt der Arbeitslosen. Jeder sechste Berliner ist heute auf der Suche nach Arbeit. 10.000 SchulabgängerInnen sind ohne einen Ausbildungsplatz.

Auf der anderen Seite würde es genug zu tun geben.

Deshalb tritt die SAV für ein öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Bildung, Umwelt, Wohnungsbau und Soziales zur Schaffung von jährlich 20.000 Arbeitsplätzen in Berlin ein. Außerdem fordern wir eine radikale Arbeitszeitverkürzung: Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollen Lohn und Personalausgleich für die Beschäftigten bei Stadt und Land Berlin.

### Schluß mit

fentlichen Eigentums der Stadt. Unserer Meinung nach sind

**„Als ehemaliger Widerstandskämpfer gegen das Nazi-Regime kämpfe ich heute mit der jungen Generation. Die SAV hat gemeinsam mit JRE (Jugend gegen Rassismus in Europa) Demos und Aktionen gegen Nazis und Rassisten organisiert“**

Horst Steinert, 82 Jahre,  
SAV-Mitglied

Privatisierungen Diebstahl an öffentlichen Eigentum. Privatisierungen sind immer zum Nachteil der arbeitenden Bevölkerung, egal ob als Kunden oder als Beschäftigte. Wo privatisiert wird, müssen nicht nur die eigentlichen Kosten bezahlt werden, sondern auch die Gewinne der privaten Unternehmer. Bei jeder Privatisierung werden Arbeitsplätze vernichtet.

Die SAV kämpft für den Stopp aller Privatisierungen sowie die Rücknahme aller bisherigen Privatisierungen.

### Erhalt aller Krankenhäuser

Die Große Koalition von SPD und CDU hat beschlossen, neun Krankenhäuser zu schließen, 4000 von 26.000 Betten zu streichen und 8600 Arbeitsplätze zu abzubauen.

Mit unserer Gesundheit darf kein Profit gemacht werden. Wir brauchen einen Ausbau

offiziell 500 faschistische Straftaten. Die rassistische Politik der etablierten Parteien ist Wasser auf die Mühlen der Neonazis. 1998 haben SPD und CDU in Berlin 4500 Flüchtlinge abgeschoben.

Die SAV tritt für gleiche Rechte für alle ein und mobilisiert gegen Nazi-Aktivitäten. Wir arbeiten mit Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) zusammen und helfen beim Aufbau dieser antifaschistischen Jugendorganisation.

### Preiswerter Wohnraum für alle

Verkehrte Welt: Auf der einen Seite ist Wohnraum nach wie vor Mangelware, auf der anderen Seite stehen in Berlin 18.000 Wohnungen leer. Öffentlich geförderte Wohnungen wurden in den letzten Jahren verschleubt. Wohnungsgesellschaften wurden privatisiert oder stehen vor dem Verkauf. Im Prenzlauer Berg wurde in den letzten 10 Jahren die Hälfte der Bevölkerung durch zu hohe Mieten aus dem Bezirk vertrieben.

Die SAV steht für ein öffentliches Wohnungsbauprogramm zur Schaffung von gutem und preiswertem Wohnraum für alle.

Streichen bei den Reichen

Berlin ist mit 60 Milliarden Mark verschuldet. Der Gewerbesteuerersatz Berlins ist bundesweit einer der niedrigsten. Die Banken verdienen sich an den Schulden der Stadt sogar noch eine goldene Nase. Tag für Tag kassieren die Banken mehr als zehn Millionen Mark

### „Wir lehnen Bereicherung und Korruption ab. Unsere VertreterInnen verpflichten sich, keine Privilegien anzunehmen und die eigenen Finanzen offenzulegen.“

Antje Zander, 32 Jahre,  
SAV-Kandidatin

an Zinsen von Berlin. Den Unternehmern wird über Steuergeschenke, Privatisierungen und Subventionen gegeben, was uns genommen wird: - Daimler (ein Konzern, der keine Mark Steuern zahlen

Beschäftigten der größte industrielle Arbeitgeber Berlins, erhielt 800 Millionen Mark Subventionen für seine Chip-Fabrik in Dresden. Im Geschäftsjahr 1997/98 konnte Siemens den operativen Gewinn auf 2,66 Milliarden Mark steigern.

Die SAV meint, daß wir an diese Gewinne ran müssen und es dafür notwendig ist, sich mit dem Kapital anzulegen. Wir stehen für eine drastische Erhöhung der Gewerbesteuer, den Baustopp für alle Prestigeprojekte und Hauptstadtaufträge sowie die Verstaatlichung der Banken.

### Kein Sparen bei den Armen

Mittelkürzungen bei den Jugendeinrichtungen, Schließung von Kitas und Schulen, unbezahlbare Mieten für alternative Cafés und Clubs, Vertreibung von Arbeiterfamilien aus den Innenstadbezirken, die Liste läßt sich fortsetzen.

Die etablierten Parteien reden von Sachzwängen. Die SAV steht für eine andere Politik. Unsere „Sachzwänge“ sind die Bedürfnisse der Menschen und der Umwelt. Sozialistische Stadträte werden jegliche Kürzungen, die Jugendliche, Beschäftigte, Arbeitslose und sozial Benachteiligte treffen, ablehnen.

Natürlich können wir nur durch Reden in den Parlamenten nichts ändern, deshalb ist es notwendig, außerparlamentarisch Widerstand gegen unsoziale Politik, gegen Stellenabbau und gegen Nazis zu organisieren.

Abgeordnete der SAV werden keine materiellen Vorteile aus ihren Mandaten ziehen, sondern ihre Einkünfte offenlegen, alle Privilegien ablehnen und Verdienste, die über einem durchschnittlichen Facharbeiterlohn liegen, abgeben.

### Eine linke Alternative

Um die linken Stimmen nicht zu spalten arbeitet die SAV mit anderen linken Parteien und Organisationen zusammen, auch wenn diese, an-

Die Demokratische Linke ein Zusammenschluß von ehemaligen linken PDS- und Grünen-Mitglieder und AktivistInnen. Gründe für den Austritt waren die „freundliche Politik“ der „neoliberalen Kurve“ der SPD“ und der Krieger auf dem Balkan durch die Rot-Grüne Regierung. Die DL stellt im Wahlkampf Abgeordnetenhaus und deren folgende Forderungen auf: „Wiedereinführung Vermögenssteuer“, „Merkelkungen“, „Weg mit § 17“, „Abschaffung der E-Steuer“, „Abschiebeknäste“, „Anstellung aller partnerschaftlichen Lebensformen, egal ob gleichgeschlechtlich und unabhängig der Ehe“.

Im Stadtbezirk Prenzlauer Berg kandidiert die SAV bei den Wahlen zur Bezirksordneten-Versammlung. Dieser Wahl können wir unsere Stimmen für die SAV geben.

Wir kandidieren gegen die PDS und unterstützen die Kandidatur der DL gegen die PDS, weil die PDS in den letzten Jahren rechtlich gemacht hat.

### Neue Arbeiterpartei aufbauen

Wenn wir uns auf die etablierten Parteien verlassen dann sind wir verlassbar. Wir können nur auf unsere eigene Kraft vertrauen. ArbeiterInnen, Arbeitslose, SchülerInnen, Studierende oder RentnerInnen brauchen eine eigene, eine neue politische Interessensvertretung. Wichtig ist der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei. Die SAV ist ein Anfang machen. Die Partei verbindet den Kampf um Reformen mit dem Kampf für eine grundlegend andere sozialistische Gesellschaft.

Wenn Du der Meinung bist, daß wir nicht tatenlos zusehen dürfen, wie die Reichen ihre Chefetagen und ihre Kassen in den Parlamenten unerschrocken verbauen, dann am 10. 10. die SAV wählen. Wahlen allein reicht nicht. Wir rufen jede/n auf, beim Aufbau einer neuen Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche mitzuhelfen. Mitglied der SAV zu werden.

Christiane Mergner  
Berlin

Das ausführliche Programm der SAV-Berlin ist erhältlich bei:  
SAV Berlin, Schöenhauser Allee 26a  
10435 Berlin